

Arbeiter-Zeitung

Jeder Betrieb sammelt für die Antifaschistische Aktion!

Preis: 12 Pf. — Annahmestelle in der
Kasse 70 Pf. — in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

**Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Fern-
sprecher 460 89. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50 (Bord-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechst. der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17-18 Uhr. — Verlagsort: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O. Breslau 10, Kreuzer-
Straße 50. Fernsprecher 460 89.

2000 Delegierte zum Antifriegs-Kongress

Mit jedem Fernzug treffen in Amsterdam neue Delegierte aus allen Ländern ein — Sowjetdelegation keine Einreiseerlaubnis erhalten — Antifriegskongress auch gegen Versailles, gegen Kapitalismus und Faschismus, für die nationale und soziale Befreiung, für die Verteidigung der Sowjetunion!

(Bericht unseres Sonderberichterstatters.)

Amsterdam, 26. August. Mit jedem Fernzug treffen neue Delegationen zum Antifaschistischen Kongress ein. Bereits sind in großer Zahl Vertreter aus Deutschland, Belgien, England, Irland, USA, Frankreich, Italien, Polen, Skandinavien, den Balkanländern, der Türkei und zahlreichen anderen Ländern erschienen. Aus Indien ist der Präsident des Nationalkongresses erschienen. Die große Zahl der Delegierten wird aber erst für die heutigen späten Abendstunden und für die morgigen Vormittagsstunden erwartet. Die Delegation aus der Sowjet-Union hat keine Einreiseerlaubnis erhalten.

Die Bewegung für den Antifriegskongress hat in den meisten Ländern alle Erwartungen übertroffen, vor allem in Frankreich, wo der Kongress eine breite, tiefe Volksbewegung entfacht hat, so daß mehr als 2400 Delegierte von Belegschaften, Organisationen und Gemeinden gewählt wurden. Ein großer Teil von ihnen kann nicht erscheinen, weil in der Kürze der Zeit das Fahrgehalt nicht mehr aufgebracht werden konnte. Die Mehrzahl der Delegierten ist aus den Arbeitermassen von den Belegschaften und proletarischen Massenorganisationen gewählt. Weitans der größte Teil besteht, soweit man

bisher überblicken kann, aus parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern. Eine erfreulich große Zahl von Intellektuellen, Architekten, Schriftsteller, Künstler, Ärzte, unter ihnen eine Anzahl von Namen von internationaler Bedeutung, haben sich der Bewegung angeschlossen.

Henry Barbusse äußerte sich heute nachmittag sehr befreudigt über die Entwicklung der Bewegung. Mit einem besonderen Eifer hat die Sache des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg die Massen der Arbeiterklasse ergriffen und hat in den Kreisen der Intellektuellen ein starkes Echo gefunden. „Ich habe“, sagt Barbusse, „die sichere Erwartung, daß dieser Kongress ein Faktor sein wird, die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg einen großen Schritt vorwärts zu treiben. Von besonderer Wichtigkeit erschien mir, daß sich für die Sache des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg tatsächlich eine tiefe Einheitsfrontbewegung entfaltet hat, welche die breiten Massen ergriffen. Soweit ich bisher informiert bin, werden über 300 sozialdemokratische Delegierte erscheinen. Das ist ein Zeichen, daß auch in den breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, trotz des Widerstandes, den die Führerschaft der II. Internationale der Bewegung für den Kongress gegen den imperialistischen Krieg entgegengekehrt hat, ein äußerst starkes Echo gefunden hat.“

Zum Kampfkongress gegen den imperialistischen Krieg

von Maria Reese, WdW.

Die Reichstagsabgeordnete Maria Reese ist zum Antifriegskongress und der danach ebenfalls in Amsterdam stattfindenden

Weltfrauenkonferenz gegen den Krieg von den revolutionären Gewerkschafterinnen und Kommunistinnen als ihre Sprecherin delegiert.

„Unpopuläre Kriege sind heute schwer zu führen.“ Dieser Ausspruch des Generaloberst von Seeckt sagt, daß gegen den Widerstand der werktätigen Massen ein Kriegsführen unmöglich ist, und erklärt zugleich, warum die Bourgeoisie so großen Wert darauf legt, daß die sozialdemokratische Führerschaft nicht nur Peeresetzt und neue Panzerkreuzer bewilligt, während sie durch ihre „Kantenerhaltende“ Politik die Mittel dazu aus Abstrichen am Sozialetat nahm. Von diesen Gesichtspunkten aus ist es nur konsequent, wenn die Führerschaft derselben Partei, die einen kaiserlichen General als ihren Reichspräsidenten erwählte, die Teilnahme an dem Kampfkongress gegen den imperialistischen Krieg ablehnt, der am 27. und 28. August in Amsterdam stattfindet und zu dem die beiden großen Dichter des Weltproletariats, Henri Barbusse und Romain Rolland, aufrufen. Zur Kriegsführung genügt es nicht, Panzerkreuzer, Kanonen und Maschinengewehre und Flugzeuge zu haben. Sie müssen auch bedient werden, und dazu braucht man willige Proletarier- und Kleinbürgerhirne. Das Kommando übernehmen die Generale und anderen Angehörigen der Bourgeoisie. Zum Kommandieren braucht man nicht viele, und das ist nicht so gefährlich, weshalb Generale bekanntlich meist alt werden und wir heute noch — 14 Jahre nach dem Weltkriege — 21 Millionen Mark Pension an ehemalige kaiserliche Generale zahlen, die beziehungsweise Mitglieder oder Gönner der Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei sind!

Und wie sie „arbeiten“! Söhnen, Töchtern, Frauen und Männern des Kleinbürgerstandes haben sie die Gehirne bereits so vernebelt, daß sie sich von ihnen führen lassen, wohin sie wollen — auch an die Schlachtbank des imperialistischen Krieges.

Aber das genügt nicht. Der Mittelstand ist nicht entscheidend, weder im Kampfe gegen den Kapitalismus noch gegen seine imperialistischen Kriege.

Entscheidend ist das Proletariat, und wir haben in Deutschland allein 16,5 Millionen Industriearbeiter ohne die anderen.

Sie sind Gegner des imperialistischen Krieges. Nur wenn es gelingt, einen bedeutenden Teil dieser Arbeiter durch vorkämpferische Führer vor den Wagen des Kriegskapitalismus zu spannen, glaubt der Kapitalismus, den Krieg wagen zu dürfen.

Darum gilt der Kampf der Kriegstreiber aller Länder der kommunistischen Partei, dem Kampfkongress gegen den imperialistischen Krieg; und bei diesem Kesseltreiben dürfen die Führer der Sozialdemokratischen Partei nicht fehlen.

Ihre Aufgabe im Interesse der Kriegsimperialisten ist es, den imperialistischen Raubkrieg in den Köpfen der entscheidenden Klasse der Arbeiter populär zu machen, nicht aber Kampfkongresse für den revolutionären Freiheitskampf gegen den imperialistischen Krieg zu unterstützen.

Sie haben in der Popularisierung des Krieges schon allerschon geleistet. In der Hitze gegen die Sowjetunion laufen sie den Nationalsozialisten und Kapitalisten den Rang ab. Sie versteigen sich sogar teilweise so weit, zu behaupten, die Arbeiter der Welt seien arbeitslos, weil es in der Sowjetunion keine Arbeitslosen gebe, obwohl 800 000 deutsche Arbeiter ihre Arbeit den Aufträgen aus der Sowjetunion verdanken. Gibt es eine raffiniertere Kriegshege im Interesse der Kapitalisten?

Sie sehen abichtlich das bolschewistische Regime dem faschistischen gleich, obwohl das erste die Diktatur des Proletariats zum

Was bringt Lausanne den Eisenbahnern?

Massenentlassungen in der Bahnmeisterei 5

Tragt die Antifaschistische Aktion auch in die Werkstätten und Dienststellen der Reichsbahn

(Betriebskorrespondenz)

Breslau, 26. August. Bei der Bahnmeisterei 5 ist dem größten Teil der Belegschaft wegen „Arbeitsmangel“ gekündigt worden. Insgesamt sind 93 Kündigungen ausgesprochen worden. Sogar Kollegen, die 10 bis 15 Jahre bei der Reichsbahn gebient haben, sollen jetzt auf Straßensplakate fliegen. Die Belegschaftsmitglieder, die im Bahnhofsgebäude sind, werden nicht entlassen. Die Kündigungen für die Arbeiter Pielischer und Schwarzer sind dieserhalb zurückgenommen worden.

Die deutschen Eisenbahner, die Angestellten der Reichsbahn haben die Arbeitsverhandlungen von Lausanne höchst interessiert verfolgt. Mehr als bei anderen Arbeitergruppen wurde in den Reihen der Eisenbahner eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Lausanne erwartet.

Die Reichsbahn ist bekanntlich nach dem Dawesplan an das internationale Tributrauberpakt verpfändet. Die Reichsbahnverwaltung hat es geschickt verstanden, die Verantwortung für die neuen Steuern, den Lohnabbau, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, unter denen die Kollegen stöhnten, auf das internationale Kapital abzuschieben. Kam wieder eine neue brutale Maßnahme, die es der Youngpakt ist schuld!

In Wirklichkeit jedoch hat die frühere Verwaltung der Reichsbahn alles andere denn eine „soziale“ Politik getrieben. Die Dienstverordnungen, unter denen die Eisenbahner heute noch seufzen und Dienstleistungen in der Woche bis zu 93 Stunden leisten müssen, stammen aus der Zeit, wo die Reichsbahn noch unmittelbar der Regierung unterstand.

Die Massenentlassungen wurden schon unter der Ära der Reichsregierung eingeleitet, das Gedingeverfahren, die Stoppuhrverordnungen, das alles sind noch Geschenke der früheren Reichsverwaltungsministerien.

Die KPD sagt den Eisenbahnern: Jede Verbesserung eurer Lebensbedingungen muß erklämpft werden, einerlei, ob Lohnabbau und Entlassungen durch einen internationalen oder einen deutschen Verwaltungsrat diktiert werden.

Die Eisenbahner müssen sich eintreiben in die Front der Antifaschistischen Aktion und mit der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands durch die Organisation von Massenkämpfen gegen die kapitalistische Ausbeutung, die faschistische Unterdrückung, für Arbeit, Brot und Freiheit kämpfen.



Landsonntag in der Antifaschistischen Betriebswoche!

Habt ihr schon den Literaturvertrieb dazu organisiert? Alles Material, was ihr noch habt, sofort heraus und vertrieben. Jetzt ist die beste Gelegenheit!

Roter Betriebsrat! Hast du schon

gefordert, daß der Betriebsrat und die Belegschaft sofort zur Eröffnung des Reichstages Stellung nimmt? Der Betriebsrat und die Belegschaft muß sich mit den Anträgen der Kommunisten im Reichstage, die im ausschließlichen Interesse der Arbeiterklasse liegen, solidarisch erklären und die Wahl eines Reichstagspräsidiums unter Ausschaltung der Marsfaschisten fordern!

Ausbau des Sozialismus und das zweite die Diktatur über das Proletariat zur Errettung des untergehenden Kapitalismus darstellt.

Sie machen es genau so wie 1914, wo sie die Kriegskredite bewilligten und den Krieg als sozialistisches Zeitalter verherrlichten, als sie beispielsweise in der „Metallarbeiter-Zeitung“ am 7. November 1914 schrieben:

„Eine neue Zeit ist angebrochen, andere Menschen hat der Krieg aus uns allen gemacht. Das gilt unterchiedlos für hoch und niedrig, für arm und reich, für Privatpersonen und Staatsbedienter. Solidarität und Hilfsleistung aus unerschütterlicher bittener Not, die wir den Arbeitern als unvergängliche Richtschnur des Handelns eingepfist und von den Reichen so oft vergeblich gefordert haben, ist über Nacht Gemeingut eines großen und leistungsfähigen Volkes geworden. Sozialismus, wohin wir blicken!“

Arbeiter, Arbeiterfrauen, aufgepaßt! Dieselben Leute sahen die Teilnahme am Kampfongreß gegen den imperialistischen Krieg als „kommunistisches Manöver“ ab im Interesse desselben „Sozialismus“, den sie damals in der „Metallarbeiter-Zeitung“ verherrlichten.

Auch heute: Sozialismus, wohin wir blicken! Panzerkreuzer-Sozialismus, Hindenburg-Sozialismus, Nationalsozialismus.

Wie sagt doch General von Seekt? „Unpopuläre Kriege sind heute schwer zu führen.“ Darum werden sie alle „Sozialisten“, die Generale, die Prinzen, die Kapitalisten Thronen und Kronen, um sich und ihre Ansichten bei der Arbeiterschaft populär zu machen, um sie geduldig zur Schlachttbank führen zu können. Hinter dem Nationalsozialismus und hinter dem Panzerkreuzer-Sozialismus steht der in der „Metallarbeiter-Zeitung“ gepriesene Kriegesozialismus.

Männer und Frauen des Proletariats, die ihr mit euren Kindern geopfert werden sollt für die Interessen des Profits: bekämpft den imperialistischen Krieg, macht ihn unpopulär, entlarvt seine moralische Vorbereitung in den Köpfen der entscheidenden Arbeiterklasse, so wird die Bourgeoisie ihn nicht führen können.

Verbreitete Reden und Beschlüsse des Kampfongresses gegen den imperialistischen Krieg, entlarvt die verräterischen Führer der SPD, bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die wie wir die sozialistische Gesellschaftsordnung ersehnt und sie darum mit uns erkämpfen muß.

Die Generale kommandieren! Die Massenbewegte Arbeiterschaft wird nicht parieren. Sie stellt selbst ihre Führer und anerkennt nur einen Krieg, den herrlichsten Freiheitskrieg, der je geführt wurde, den Krieg gegen jegliche Art der Anechtung und Ausbeutung, den Krieg für die sozialistische Gesellschaft.

Zentrums-Nazi-Koalitionsverhandlungen nicht aussichtslos!

Berlin, 27. August. (Sig. Drahtbericht.) Die offizielle Parteipressendruckerei der Bayerischen Volkspartei teilt mit: „Daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP über eine Regierungsbildung sowohl in Preußen als im Reich bis zur Stunde keinesfalls als endgültig gescheitert und völlig aussichtslos bezeichnet werden können.“

Auch im offiziellen Pressebüro des Zentrums werden jetzt diese Verhandlungen zugegeben und den Nazis das Zeugnis ausgestellt, daß sie wahrhaft national und vaterlandsliebend sind. Bei den bisherigen Arbeiterführern des Zentrums, werden diese Kundgebungen der Zentrumsführung nur die größte Empörung auslösen können.

Arbeiterdemonstrationen in Berlin

Berlin, 27. August. (Sig. Drahtber.) Gestern kam es in allen Berliner Stadtteilen zu Arbeiterdemonstrationen gegen das Berliner Schiedensurteil. In Neukölln schoß die Polizei, dabei wurden Arbeiter verwundet.

„Berlin am Morgen“ verboten

Berlin, 27. August. (Sig. Drahtber.) Der Berliner Polizeibefehl hat gestern die Arbeiterzeitung „Berlin am Morgen“ bis zum 2. September 1932 verboten. Zur Verbotbegründung wurde der Artikel bezugnehmend, in dem „Berlin am Morgen“ das Berliner Schiedensurteil kritisiert.

Metallarbeiter! DMV.-Mitglieder!

Der DMV.-Verbandstag in Dortmund ist zu Ende. Die Delegierten werden zurückkehren. Jetzt habt ihr das Wort.

Bestürmt eure Delegierten bei ihrer Rückkunft mit Fragen! Fragt sie:

Welche Maßnahmen habt ihr beschlossen zum Kampfe gegen den Lohnabbau und gegen die neue Unternehmeroffensive?

Was habt ihr beschlossen zum Kampfe gegen die weitere Anshungerung der Erwerbslosen?

Welche Beschlüsse habt ihr gefaßt zum Kampfe gegen die faschistische Diktatur, gegen Sondergerichtsjustiz und Naziterror?

Was für Kampfmaßnahmen habt ihr beschlossen zur Entfernung der faschistischen Streikbrecher und Terroristen aus den Betrieben und aus den Gewerkschaftsorganisationen?

Habt ihr eure Stimme erhoben gegen die schamlose Antisowjethetze, die Brandes vom Stapel gelassen hat.

Habt ihr eure Stimme erhoben gegen die verschärfte Hetze gegenüber den ehrlichen oppositionellen Kollegen, gegen ihre unverschämte Gleichstellung mit den Nazibanditen.

Sorgt dafür, daß unter den Massen der Metallarbeiter sofort eine breite Diskussion über die Lehren dieses Verbandstages und über die wahren Kampfaufgaben der Metallarbeiter entfalt wird!

Im Zeichen der antifaschistischen Betriebswoche!

Betrieb Kantorowicz fordert Betriebsräte-Konferenz für Groß-Breslau

Breslau, 27. August. Die am 25. August stattgefundene Betriebsversammlung der Belegschaft des Betriebes Kantorowicz hat nach Stellungnahme zur politischen Situation folgende Entschlüsse angenommen:

„Die heute am 25. August tagende Betriebsversammlung des Betriebes Kantorowicz nimmt Kenntnis von den neuen faschistischen Plänen der Papen-Regierung; die Durchbrechung des Tarifrechtes, die Vereitelung der Koalitionsfreiheit, dem Terror der Nazis gegen die Antifaschisten und von den Terrorurteilen gegen die revolutionären Arbeiter.“

Wir fordern alle Betriebsarbeiter auf, in ihrer Belegschaft zu diesem Fragen Stellung zu nehmen, die einheitliche Kampfesfront zu schmieden, provisorische Kampfschüsse zu wählen und die Einberufung einer Betriebsrätekonferenz für Groß-Breslau zu fordern.“

Dieser Appell an alle Breslauer Betriebsarbeiter darf nicht ungehört verhallen. Alle Betriebe müssen zur politischen Situation Stellung nehmen. Die Regierung plant mit den Unternehmern neue Maßnahmen gegen die arbeitende Klasse. Die Forderung der Kapitalisten auf „Voderung des Tarifrechtes“ ist in das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung aufgenommen worden.

„Voderung des Tarifrechtes“ heißt Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und neuer Lohnabbau!

Die Betriebsbelegschaften müssen konkrete Beschlüsse auf Führung des Kampfes gegen die neuen Hungermaßnahmen fassen. In den Betrieben, wo noch keine Kampf- oder Einheitsausschüsse bestehen, sind diese sofort zu wählen. Die noch laufende Betriebswoche der Antifaschistischen Aktion muß zur Mobilisierung des letzten Betriebsvolkes benutzt werden.

Die Forderung der Belegschaft des Betriebes Kantorowicz auf Einberufung einer Betriebsräte-Konferenz für Groß-Breslau, muß

von allen Betrieben aufgegriffen werden. Abschließt in allen Betrieben, daß eure Betriebsräte ohne Unterschied der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, restlos an dieser Konferenz teilnehmen.

Am Dienstag tritt der neugewählte Reichstag zusammen. Die Kommunisten haben bereits Anträge gegen die Reichen, für die Armen, die mir an anderer Stelle ausführlich wiedergeben, eingebracht. Hinter diese Anträge müssen sich alle Betriebe stellen.

Bekundet am Dienstag in allen Betrieben euren antifaschistischen Kampfeswillen durch die Tat!

Milchliefersfreit der Kleinbauern

Nazi-Unternehmer sabotieren den Kampf der armen Bauern
In Mendel in Hessen, sind die Kleinbauern in den Lieferstreit getreten. Die Molkereien und Großabnehmer wollen den Preis, den die Bauern für die Milch erhalten (weniger als 14 Pfg.) noch weiter drücken. Die Molkereien konnten am Montag nicht mehr die notwendige Literzahl zur Stadt besorgen. Ein Nazi-Milchgroßhändler, zu gleicher Zeit Besitzer der Molkerei, machte sich noch lustig über die Kleinbauern, indem er sagte:

„Wir werden die Kleinbauern so lange kugeln, bis sie von selbst mit der Milch anrücken.“

So beurteilt dieser Nazi den Kampf der Kleinbauern um ihre Existenz. Die Proleten wissen ganz genau, daß der hohe Milchpreis, der für die meisten Arbeiter unerreichbar ist, nicht die Schuld des Kleinbauern ist, sondern durch die hohen Futtermittelpreise hervorgerufen wird, und schuldig sind auch die Großhändler, die den Bauer um den Preis der Produkte betrügen.

450000 englische Textilproleten vor der Aufnahme des Streikampfes

Berlin, 27. August. (Sig. Drahtbericht.) Wie aus Manchester gemeldet wird, sind dort die letzten Einigungsverhandlungen in der Textilarbeiterbewegung gescheitert. Damit ist zu erwarten, daß sich heute die Streikbewegung ausdehnt und circa 450000 Arbeiter in den Kampf einbezogen werden.

80 Monate Gefängnis gegen 7 Antifaschisten

Neustadt OS., 26. August. Am 25. August fand gegen sieben Arbeiter und eine Frau vor dem Sondergericht in Reife die Verhandlung statt. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch, Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt in sechs Fällen. In zwei anderen Fällen auf Räubersführerschaft und Körperverletzung.

Der Vorsitz des Sondergerichts lag in den Händen des Landgerichtsrats Dr. Leß. Schon der ganze Aufbau der Anklage war so verworren, daß selbst der Staatsanwalt gleich anfangs der Verhandlung die Anklage wegen Landfriedensbruch fallen lassen mußte. Die Aussagen der Belastungszeugen endeten immer wieder mit einer persönlichen Gehässigkeit gegen die einzelnen Angeklagten. Die Aussagen derselben deckten sich niemals mit den Aussagen, die sie früher bereits vor der Polizei gemacht haben. Die Zeugin Brauner mußte selbst zugeben, daß ihr die Aussagen von der Polizei in den Mund gelegt worden sind. Auch die Aussagen der übrigen Zeugen waren so gehalten, daß man direkt die Angst vor der Polizei herausmerken konnte. Die Sache liegt auch so, daß einzelne Geschäftsleute, welche als Entlastungszeugen auftraten, später von der Polizei drangialiert worden wären, wenn sie irgend welche Ueberriffe der Polizei geschildert hätten.

Die Anklage des Polizeibeamten Fohl war der reinste Kommunistentum. Er vermittelte sich derart in Widersprüche, daß er vom Staatsanwalt aufmerksam gemacht werden mußte, daß er bereits einen Meineid geleistet habe.

Gegen die Angeklagten Schubert, Gelsche und Illmann hat die Anklage keine Begründung. Sie waren wahllos von der Strafe weg verhaftet worden, ohne daß sie an den Vorfällen selbst beteiligt waren. Sämtliche Zeugen, außer der Polizei, sagten einstimmig aus, daß die Genannten wohl in der Nähe des Platzes, auf dem der Vorfall sich abspielte, gestanden hätten, an den Vorfällen selbst aber nicht beteiligt waren. Die Polizeibeamten gaben sich die größte Mühe, gegen diese Angeklagten belastende Momente zusammenzutragen, um eine Verurteilung derselben zu erreichen. Aber schon auf einige Fragen des Verteidigers mußten sie nicht mehr ein noch aus.

Der Angeklagte Andreas Kuczmann war bis zum Tage der Verhandlung auf freiem Fuße, während sich die übrigen in Haft befanden. Schon daraus ist ersichtlich, daß das Anlagematerial gegen ihn sehr dürftig war. Hier bediente man sich eines Denunzianten letzter Art, des Maurers Schmidt (Nazi). Schon lange vor der Verhandlung rühmte sich derselbe:

„Na, dem Kuczmann, dem werde ich eins einbroden, daß er genug haben wird!“

Bei Gericht gibt Schmidt an, daß dies der richtige Kuczmann nicht sei, und daß er den Angeklagten nicht kenne. Auf die Vorhaltungen von

Kuczmann, daß Schmidt ihm doch vor zwei Jahren Butter verkauft habe, behauptet Schmidt wiederum, ihn nicht zu kennen. Schmidt war derjenige, der „Alles“ gesehen hat. Trotzdem bürgerliche Geschädigte gerade das Gegenteil von dem aussagten, was Schmidt ausgesagt hatte, hielt es der Staatsanwalt nicht für nötig, hier einzugreifen. Schmidt hat wissentlich falsche Aussagen gemacht und durch diesen Meineid sind mehrere Arbeiter vollkommen unschuldig verurteilt worden.

Wenn man nun sämtliche Aussagen der Belastungszeugen, hauptsächlich der von Schmidt und den fünf Polizeibeamten betrachtet, so muß man feststellen, daß hier absichtlich Bagatellen aufgebaut wurden, um dadurch eine Verurteilung zu erreichen.

Das anschließende Plädoyer des Staatsanwalts stand auf sehr schwachen Füßen, da auch dem Staatsanwalt der ganze Sachverhalt ziemlich unklar war. Dem von der Roten Hilfe gestellten Verteidiger, Rechtsanwalt Leopold aus Neustadt, war es ein leichtes, die ziemlich hallojen Argumente der Staatsanwaltschaft zu zerpfücken. Er beantragte, die Anklage auf Aufruhr fallen zu lassen und die Angeklagten freizulassen. Für die der Körperverletzung Beschuldigten, welche dies zugaben, beantragte er eine Geldstrafe.

Nach 1½ stündiger Beratung fällt das Gericht folgendes Schandurteil: Gegen Frau Rutke 7 Monate Gefängnis, gegen Schubert, Gelsche und Illmann je 6 Monate, gegen Kuczmann 8 Monate, gegen Bruno Schramm 18 Monate und 2 Wochen, gegen Max Schramm 15 Monate, gegen Ernst Schramm 14 Monate Gefängnis.

Dieses Klassenurteil zeigt klar auf, daß die Sondergerichte gänzlich sich lediglich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft richten. Die Angeklagten sind außer Illmann keiner Partei angehörig. Während die Nazis auf das humanste behandelt werden, werden Klassenbewußte Arbeiter unschuldigertweise an Hand herbeigesuchter Argumente zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Wir appellieren an die gesamte Arbeiterschaft, gegen diese Urteile schärfsten Protest zu erheben. Kämpft mit der Roten Hilfe für die Freilassung sämtlicher proletarisch-politischen Geangenen. Unterstützt die Solidaritätsaktion der Roten Hilfe! Hinweg mit den Sondergerichten!

Nazi als Denunzianten

Printenau. Ende Mai diesen Jahres starb der Genosse Großmann. Er hinterließ eine Frau mit drei Kindern im Alter von 1/2 bis zu 2 Jahren. Der Genosse Großmann war Wohlhabender, erwerbslos und die Familie war infolgedessen in großer Not. Um die Not der Frau und der kleinen Kinder etwas lindern zu helfen, führte Genosse Brendel eine Sammlung für die Hinterbliebenen durch. Diese Sammlung erbrachte einen Betrag von rund 40 M., der auch der Frau übergeben wurde.

Ein nationalsozialistischer Speibürger hatte Genossen Brendel wegen dieser Sammlung bei der Polizei denunziert. Die Folge war, eine Anzeige wegen einer verbotenen Sammlung. Die Anzeige des Nazi-Salunkens brachte unserem Genossen drei Tage Gefängnis.

Die Kommunisten lassen sich durch solche und auch durch noch brutaleren Maßnahmen nicht an der Durchführung ihrer proletarischen Pflichten hindern. Die praktische Solidarität gegenüber unseren leidenden Klassenangehörigen ist das unzerstörbare Band in unserem Kampfe um die Befreiung des Proletariats.

RG.O.-Kollege! Hast du schon im Betriebe zur Reichstagsseröffnung deine Pflicht getan?

Sorge mit dafür, daß die Belegschaft sofort zu den kommunistischen Anträgen im Reichstage Stellung nimmt und sich geschlossen hinter diese stellt. Die Belegschaften müssen Kampfbeschlüsse gegen die neuen Maßnahmen der Regierung, die gegen das Proletariat gerichtet sind, fassen.

Wachsender Einfluß der RGD. in Belgien

Der Streik der belgischen Bergarbeiter geht weiter

Die 105 000 Kumpels setzen ihren Kampf weiter fort und fordern dringender denn je die Verbreiterung des Streiks. Sie haben begriffen, daß ihr Schicksal in ihren eigenen Händen liegt, und daß sie nur durch den entschlossenen und entschiedenen Kampf der Arbeiter der wichtigsten Industrien ihre Forderungen durchsetzen werden.

Inzwischen verhandeln die reformistischen Führer insgeheim in den Ministerien und bei den Kohlenbaronen. Um die Verbreiterung des Streiks zu verhindern, versuchen sie, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf ihre Verhandlungen über „Einschränkung der Einfuhr ausländischer Kohle“ zu lenken. Dies war der Zweck ihres Besuchs beim Arbeitsminister am Dienstag. Aber auch dies half ihnen nichts. Denn die deutsch-belgischen Verhandlungen hatten nicht den erwarteten Erfolg, und die belgische Regierung ist nicht imstande, der Forderung der belgischen Kohlenbarone nach Herabsetzung der Einfuhr auf 28 Prozent des Quantums von 1930 nachzukommen. „Somit blieb die erwartete günstige Einwirkung auf den Streik aus“ — schreibt „Peuple“, das Organ der belgischen Reformisten, am 24. August. Damit geben die Herrschaften zu, daß, obwohl die Verbandsbürokratie die Forderungen der Kohlenbarone mit der üblichen Treue vertreten hatte, es ihnen nicht gelang, den Streik zu brechen.

Die Arbeiter lassen sich aber durch diese verräterischen Manöver nicht ablenken. Im Zentralkomitee Bergbauerevier reißt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Führung an sich. In diesem Komitee konzentrieren jetzt die Reformisten ihre Hauptkräfte, und sie entsaften dort alle ihre Kräfte, um von ihren eigenen Mitgliedern nicht hinweggefegt zu werden. Am Montag, dem 22. August, fand in Jolimont eine Mitgliederversammlung des Reviers statt. Die schärfste Mitgliedsbuchkontrolle wurde durchgeführt, die Kommando der sogenannten „Arbeitermilitärs“ wurden im Saal eingesetzt, vor dem Lokal fand die Gendarmerteilung „bereit“. 3000 Bergarbeiter füllten den Hauptsaal, Nebenäle und Bühne waren gleichfalls überfüllt.

Als Referent war der Generalsekretär des Verbandes, A. Delattre — der Sekretär der Bergarbeiterinternationale —, höchstpersönlich erschienen. Und was waren seine ersten Worte? Wie das Organ der Reformisten selbst berichtet, mußte er einleitend die Frage stellen: „Bin ich denn euer Feind oder euer Freund?“ Seine ganze Rede war eine Abwehr der revolutionären Taktik der RGD. Während die Arbeiter in der Diskussion und in Resolutionen vieler Zahlstellen die Forderung

der RGD. „Nieder mit dem Hungervertrag!“ erhoben, mußte er diesen Hungervertrag verteidigen. Während die Arbeiter die Verweigerung der Notstandsarbeiten forderten, verteidigte er die Organisation der Notstandsarbeiten unter der Kontrolle des Gewerkschaftsapparates. Vier Stunden lang mußte Delattre den Ansturm der Gewerkschaftsmitglieder über sich ergehen lassen, vier Stunden lang heßte er gegen die Unorganisierten, gegen

Der beste Gruß für den Internationalen Antikriegskongreß

Aktion gegen Kriegsmanöver

Französische Arbeiter verhindern Abhaltung der Luftmanöver von Dijon

Paris, 26. August (Eig. Meldung). Wir berichten bereits gestern über die riesigen Kriegsmanöver, die der französische Imperialismus gegenwärtig im östlichen Frankreich unternimmt. Diesen Manövern kommt für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges eine außerordentliche Bedeutung zu.

Wie unser französisches Bruderblatt meldet, hat sich die werktätige Bevölkerung von Dijon in heftigen Kundgebungen und Demonstrationen gegen diese verbrecherischen Kriegsvorbereitungen erhoben. Die Arbeiter von Dijon gaben ein flammendes Beispiel, wie gegen die Vorbereitung des imperialistischen Krieges gekämpft werden muß. Zur selben Stunde, wo der Fliegerangriff dargestellt werden sollte und der gesamten Bevölkerung aufgegeben worden war, das Licht zu verlöschen und sich in den Wohnungen einzuschließen, gingen über 5000 Demonstranten auf die Straße, indem sie gegen die Kriegsmanöver manifestierten.

Die Polizei war angesichts dieser Massen machtlos. Nach heftigen Kämpfen wurde sie buchstäblich überschwemmt. Die Arbeiter setzten sämtliche Laternen wieder

die Kommunisten, gegen die Arbeiter, die im Jahre 1929 nicht mehr für die Sozialdemokratie stimmten und ihr einen Verlust von zehn Stimmen verurteilten! Er wußte nichts anderes, als zu bedauern, daß die Gewerkschaftsmitglieder die Lösungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition übernehmen.

Zu den Tagungen des Verbandes werden keine ausländischen Journalisten mehr zugelassen, auch nicht bürgerliche, weil auch sie „zu viel“ berichtet haben. Die Vertreter der revolutionären Presse, der „Humanité“ (Frankreich) und der „Roten Fahne“, wurden aus Belgien ausgewiesen. Aber aus den Spalten der eigenen Presse der Reformisten kann man sehen, in welcher Bedrängnis sie sind. Über das Ergebnis der Konferenz werden wir uns erst ein Urteil bilden, wenn wir das Organ der zentralen Streikleitung, die „Bataille de Classe“, das einzige Organ der Streikenden, erhalten. Wir werden dann auf diese bedeutungsvolle Konferenz zurückkommen.

in Funktion, so daß die ganze Stadt in kürzester Zeit im hellsten Lichterglanz erstrahlte. Außerdem entzündeten sie noch bengalische Feuer, um die Manöver unter allen Umständen unmöglich zu machen. Angesehen ob dieser Massenaktion konnte auch tatsächlich das Manöver nicht abgehalten werden.

Diese Aktion ist ein Janus des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegstreiber. Sie ist der beste Gruß an den Internationalen Antikriegskongreß in Amsterdam, der Samstag trotz aller Schikanen der holländischen Regierung eröffnet wird. Die Kraft des Proletariats allein ist imstande, den Kriegstreibern ihr blutiges Handwerk zu legen.

Terror gegen Antikriegskongreß

Neben Sowjetdelegierten auch polnischen, tschechischen und Balkandelegierten Einreise nach Amsterdam untersagt

Amsterdam, 26. August (Eig. Meld.) Durch den infamen Beschluß der holländischen Regierung, zu dem Antikriegskongreß in Amsterdam nur Teilnehmer zugelassen, für deren Länder zur Einreise nach Holland kein Visumzwang besteht, sind nicht nur die Sowjetrussischen Delegierten an der Teilnahme verhindert worden, sondern ebenso geht es auch den polnischen, tschechischen und Balkandelegierten. Es handelt sich bei den letzteren also gerade um die Länder, die am fieberhaftesten zum Krieg gegen die Sowjetunion rufen, so daß der holländische Imperialismus den Kriegstreibern dieser Länder einen besonderen Liebesdienst erwiesen hat.

Erhebt überall die Stimme des Protests gegen diese Maßnahmen gegen den Kampfkongreß vom Amsterdam! Nun erst recht sollen die Imperialisten erfahren, daß der Kampfaufbruch, der von Amsterdam ausgeht, von Millionen und aber Millionen von Proletariern in der ganzen Welt gehört und verstanden werden wird.

Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen der Rekruten

Prag, 23. August. In Mürschan, im Bilsener Gebiet, stellten die arbeitslosen Rekruten die Forderung auf, daß ihnen aus Gemeindegeldern 100 Kronen vor dem Eintritt zum Militär ausbezahlt werden. Die kommunistische Fraktion überreichte diesen Antrag dem Stadtrat, der mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Situation der Gemeinde die Auszahlung von 50 Kronen an jeden Rekruten beschloß.

Japanische Offensive auf Schanghai bevorstehend

Alarm! Höchste Suspizung der Kriegslage im Fernen Osten

Schanghai, 26. August (Eig. Meldung). Aus dem Fernen Osten treffen alarmierende Nachrichten ein. Nach der provokatorischen Rede des japanischen Außenministers in der Frage der Kolonisierung der Mandschurei finden nunmehr riesige japanische Truppentransporte nach Schanghai statt, die von den japanischen Kriegsverbrechern jhmisch damit „begründet“ werden, „daß die Landung der Truppen zum Schutz der japanischen Interessen und insbesondere zur Sicherstellung der von den Chinesen bedrohten telegraphischen Verbindung erfolgt sei“.

Man kennt den Jhmismus des japanischen Imperialismus, um zu wissen, was solche Erklärungen bedeuten. Sie sind das Vorpiel zu einem neuen Raubzug im Yangtsetal. Der werktätigen Bevölkerung Chinas bemächtigt sich eine wachsende Empörung, besonders, da die Kuomintang-Regierung natürlich nicht das Geringste gegen die japanischen Annexionspläne unternimmt.

Von noch größerer Bedeutung fast ist die Tatsache,

daß Japan die jüdmanschurische Eisenbahn beauftragt hat, einen Seehafen bei Rajchin (Mandschurei) am Japanischen Meer so schnell wie möglich fertigzustellen. Offiziell wird erklärt, daß dieser Hafen als strategischer Stützpunkt für eine Bahnverbindung von Kirin über Tschuwa und Langschingtsun gedacht ist und Japan eine militärische Operationsbasis geben, die derjenigen Wladiwostok ebenbürtig sein soll. Es ist klar, daß dieser strategische Stützpunkt vom japanischen Imperialismus als Basis für einen kriegerischen Angriff gegen die Sowjetunion gedacht ist.

Angesichts dieser Vorgänge ist es von allergrößter Bedeutung, daß die revolutionäre antiimperialistische Bewegung in der Mandschurei einen erneuten Aufschwung nimmt. In der Provinz Jehol sind die Japaner von chinesischen Partisanen in heldenmütigen Kämpfen zurückgeworfen worden.

Alarmsignale für das internationale Proletariat! Wieder werden die Kanonen im Fernen Osten dröhnen und die Kanonendonner soll nur die Einleitung sein zum großen Weltmorden, das die imperialistischen Brandstifter gegen die Sowjetunion in Szene setzen wollen. Diese Gehehnisse beweisen am besten die gewaltige Bedeutung des Internationalen Antikriegskongresses, der am Samstag in Amsterdam zusammentritt. Von diesem Kongreß müssen die organisierenden Kräfte ausgehen, die in allen Ländern der Erde das Banner des revolutionären Antikriegskampfes entfalten und den Kriegsverbrechern kündigen, daß sie Sturm ernten werden, indem sie Wind säen.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

23. Fortsetzung

„Gib's denn den noch?“ rief Eddie höhnisch.
„Angenommen es gibt einen,“ erwiderte Slim, „dann müßte er die Bolschewiken lieben, die das Passengessel zum Lande hinausgejagt haben und Löhne und Arbeitsbedingungen ständig verbessern!“
„Stimmt“, sagte Jackson. „Ich habe gelesen, die Kapitalisten erzählen was von Zwangsarbeit bei uns. Mein Vater hat in den Südstaaten und in Zentralamerika gearbeitet. Der kann eher ein Lied von Zwangsarbeit singen. Er meint natürlich, die Neger und Dagos dort verdienen nichts Besseres. Er erzählte uns, daß die United Fruit Company die Eingeborenen zu unfähiger ununterbrochener Arbeit in der Tropenzone zwingt und sie dann mit einigen Cents abspießt. In den Salpeterbergwerken Chiles, wo Wallstreet herrscht, müssen achtjährige Kinder schuften. Bei einem Unfall fand man dort die Leichen von zwölf achtjährigen Kindern!“
„Wer weiß?“ warf der Professor ein. „Wahrscheinlich haben geldgierige Eltern ihre Kinder zu dieser Arbeit gezwungen!“
Jackson wuschte sich den Schnurrbart und betrachtete aufmerksam den Sprecher.
„Bist du Prolet?“ Natürlich nicht! Du hast dich als Kind wohl nicht abradern müssen, sonst würdest du nicht so reden.“
Der Professor wurde plötzlich proletarisch. „Ich habe nichts mit dem Gelde meines Vaters zu tun. Ich erarbeite mir den

Weg durch die Universität. Was ich auf dieser Reise verdiene, wird auch dabei helfen.“
„Keine Aufregung!“ lachte Jackson. „Deine Bemerkung zeigt, daß du die Wirklichkeit noch nicht mit wachen Augen siehst.“
„Well, zeigen Sie mir, wo solche Zustände in den Staaten bestehen“, prüftete der Professor.
„Wo? Wo nicht! Kettenkolonnen in Georgia und Florida. Textilfabriken in den Südstaaten. Negerkinder in den Baumwoll- und Tabakplantagen...“
„Da kann ich auch mitreden,“ unterbrach Stanley, „unten im Drehbassin bei Houston in Texas wurde ich mal verhaftet, weil ich obdachlos war und bekam dreißig Tage Zwangsarbeit auf einer Erbsenfarm. Arbeit von morgens bis nachts. Und wenn du nicht genug geschwitzt hast, dann gibt es den Gummischlauch über den Rücken! Und nach den dreißig Tagen Zwangsarbeit, was meinst du, was ich dafür bekommen habe?“
„Dreißig Cents!“ lachte Jackson.
„Dreißig Cents?“ Schiet! Diese Hunde haben mich und einige andere nach der Stadtgrenze gebracht und uns gewarnt, wenn wir uns wieder blicken ließen, belämen wir sechzig Tage!“
Hier warf Jackson ein: „Nun, wißt ihr, daß hier in der Sowjetunion sogar die Gefangenen für ihre Arbeit bezahlt werden, ihre Komitees haben und praktisch ihr Gefängnis selbst verwalten?“
„Tatsächlich?“
„Ja, warum fordert ihr nicht, daß der Klub mit euch eine Exkursion in ein Gefängnis organisiert?“
Stanley sah Slim an. Dieser meinte: „Ja, wir hätten das machen können, aber unser Kasten läuft jetzt bald aus.“
„Sag' mal, ihr geht doch von hier nach Polen, ja?“
„Ja, nach Gdingen.“
„Well, haltet dort die Augen offen, Kerls! In der letzten Woche hatte dort ein Dampfer allerhand Ritten geladen. Keiner von den Schauerleuten wußte, daß darin Gas verpackt war. Well, eine Kiste fällt zu Boden, die innere Metallverpackung springt entzwei, Gas strömt aus, und zwei Hafenarbeiter gehen hops dabei. Legen die Hafenarbeiter sofort die Arbeit nieder, demonstrieren nach dem Hafenskommandanten! Verladung soll eingestellt werden! Die Hafensverwaltung verweigert jede Verhandlung und läßt Matrosen von der polnischen Kriegsflotte gegen die Arbeiter aufmarschieren. Die Matrosen weigern sich, gegen die Proleten vorzugehen. Manen werden eingesetzt. Die-

selbe Geschichte. Schließlich wird eine Kompanie aus Seeladetten, Gendarmen und Manenoffizieren gegen die Arbeiter vorgehrt. Die schießen ohne jede Warnung mitten hinein in die Demonstration, die jetzt schon auf Tausende angewachsen ist. Vierzehn Arbeiter sind tot, 34 verletzt. Nachher werden 223 Männer und Frauen verhaftet.“
Scharfe Erregung packte die Leute bei dieser Nachricht. Barney, Shorty und der Bootsmann kamen herbeigelaufen. Jackson fuhr fort:
„Der Hafenskommandant hat sofort die rote Hafenarbeitergewerkschaft aufgelöst, Streikverbot erlassen. Trotzdem streikt die gesamte Hafenarbeitererschaft weiter! Nun werden ehemalige Legionäre und faschistische Schützen zur Munitionsverladung benutzt. Diese Bande ist aber durch die Tapferkeit der Arbeiter an ihrer verbrecherischen Tätigkeit gehindert worden.“
„Bravo, bravo!“ riefen die Leute. „Wußte gar nicht, daß die Poladen solchen Mut haben!“
„Noch heute sind die Hafenarbeiter so wütend und so scharf auf die Streikbrecher, daß der Kommandant trotz des allerschärfsten Terrors noch nicht einen einzigen Dampfer labellar gekriegt hat.“
„Verflucht nochmal!“ fuhr Stanley auf, mit der Faust auf die Bank trommelnd. „Und wir lassen auf unsern Kästen nicht einen einzigen gottverdammten Streikbrecher rauf, wenn wir in Gdingen sind!“
„Richtig!“ riefen Shorty und Gunnar zusammen. „Sonst treten wir mit in den Streik!“
Jedermann — selbst der pflegmatische Lag — war erregt. Alle möglichen Ideen packten die Leute: Streifen —, das Schiff in Gdingen nicht einlaufen lassen —, die Streikbrecher an Bord kommen lassen, sie dann verprügeln und ins Meer werfen! Der junge Eddie schlug vor, eine Sammlung für die Streikenden vorzunehmen. Das wurde sofort durchgeführt. Eddie und der polnische Leichtmatrose reichten eine Liste herum. In ganz kurzer Zeit waren über 30 Dollar bereits gezeichnet. Der kleine Finnc, der Bootsmann, die Stewards, — alle steuerten etwas bei.
Es wurde noch lange diskutiert. Dann endlich machte Jackson sich auf den Heimweg. Die Leute versprochen ihm, von Gdingen aus zu berichten, wie dort die Aktion stand.

(Fortsetzung folgt)

AKAZAR

Täglich 8 1/2 Uhr
Tanz frei!
Kurzes Gastspiel
Elli Glässner
Am Flügel:
Komponist Alf. Hartwig
Ada Sorel
und das groß. Programm

Zurück
Dr. Kurt Wiener
Kautarzt
Blücherplatz 3
11:15, 5-7

Neu eröffnet!
„Oderstrom“
Breslau, Uferstraße 47-48
Jeden Mittwoch Tanz
und Sonntag
Billige Preise
Herrlicher Garten
Saal und Vereinszimmer
noch zu vergeben

ff. Fleisch- und
Wurstwaren
bei
W. Knichale
Breslau, Löschstraße 9

WAPPENHOR

Täglich
(außer Sonnabend) **ab 4 Uhr:**
Nachmittags-Vorstellung
10 Attraktionen
Jeden 1. und 16. neues Programm
Eintritt 80 Pfg.
Täglich ab 8 Uhr:
BALL
Das ungekürzte Progr. 2 Kapellen
Eintritt 50 Pfg., außer Sonntag und
Veranstaltungen
Bei schöner Witterung finden die
Vorstellungen im Garten statt.

Wo ist der schönste Aufenthalt?
Bei
Richard Kirsch
Steinstraße, Ende Hubenstr.
Im schönen schattigen Garten

Jeden Sonntag **Freikonzert**
und Kinderbelustigungen mit **Onkel Drolly**
Jeden Sonntag **Tanz**

Gute Getränke und Eisbein
Belustigung für Jung und Alt!
Es ladet ergebenst ein
Der Besitzer

Gesellschaftshaus Theodor Stolle

Breslau 24, Gräbschener Str. 252/258
Fernsprecher 828 24
Jeden Sonntag
Gr. Garten Konzert, Gesellschaftstanz
Jeden Montag und Donnerstag
die beliebten **Kinderfreudenfeste** mit
Garten-Konzert
Sonderveranstaltungen
siehe Anschlagstafeln

Fleisch- und Wurstwaren
Georg Kiefer
Oderstraße 9-10, Reus. hest. 8-9

Weinhandlung
Wein-Probierstube / Statgen-Verlauf
Ernst Friedrich, Breslau
Blücherplatz 9 — Telefon 58872

Frack-Mohaupt
nur Blücherplatz 20 Ring Ecke (fr. Karlstr. 1)
Telefon 57082
leihweise elegante Smoking u. Gehrockanzüge

Eis-Vater
Breslau, Posener Straße 33 u. 34

Serien Tage bei Tack
3⁸⁵
Breslau Ohlauer Str. 15, Fernspr. 661 60
Reuschestr. 47-48, Fernspr. 274 29

Hübsche farb. Herbstmodelle, auch Lackspannen mit Trotteur-Absatz
Strümpfe in künstl. Waschseide 0.85
Herrnschuhe in modernen Dessins 0.85

Groß-Leistungen in den Preislagen:
1⁸⁵ 2⁸⁵ 3⁸⁵ 4⁸⁵ 5⁸⁵ 6⁸⁵ 7⁸⁵
Erl für die Schuhpflege

Städtische Handelsschulen in Breslau
1. Höhere Handelsschule
1-jähriger Lehrgang; bei genügender Beteiligung auch besonderer Lehrgang für Abiturienten.
2. Handelsschule
1 und 2-jährige Lehrgänge, bei letzteren — genügende Beteiligung vorausgesetzt — auch Sonderkurse zur Erlangung des Zeugnisses der mittleren Reife.
Wichtig: Der erfolgreiche Besuch der höheren Handelsschule und Handelsschule befreit von der Pflicht zum Besuche der kaufmännischen Berufsschule.
Beginn der unter 1 und 2 genannten Lehrgänge am Dienstag, dem 11. Oktober.
3. **Wahlkreis Abendkurse**
5-monatige Lehrgänge; Beginn 1. November
In Stenographie und Maschinenschriften bei genügender Beteiligung auch Vierteljahreskurse; Beginn 8. Oktober.
Besonderes Infanat erscheint demnächst.
Ankünfte und Anmeldungen bei dem Direktor, Vorwerkstraße 36 38, 1. Stod.
Der Magistrat.

Schlafzimmer
Speisezimmer
kompl. Küchen
wie auch
Einzelmöbel zu
niedrigsten Preisen
Möbelhaus
Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9
am Wachtplatz
Tel. 2400
gesammt!

Neu übernommen
ist die
Lederhandlung
P. Scholz
Moltkestraße 18
Herabgesetzte Preise
Zurückgekehrt
Dr. Schmerel
Friedr.-Wilh.-Str. 10
Paul Breuß
Lange Holzgasse 2
Fernruf 12454
Wannen, Schäffer
Kastenwagen, Rund-
speichen und Felgen-
räder — 5% Rabatt

Frauenkleid
Waschmüsst. ne.
Größe 52
Stück: **4.50**

Trenchcoat-Mantel
aus marineblauem, m-
prägniertem Stoff
bis Größe 4.
kostet nur **6.90**

Und immer wieder hunderte
unserer unerreicht schönen

**Schlager-
Waschkleider**
die wir durch günstige Stoff-Einkäufe
und unsere große Selbstanfertigung
so billig verkaufen.
Hauptpreislagen:
1.45 2.45 4.50 5.50
Sämtliche moderne
Damen-Mäntel
u. **Frauen-Mäntel**
bekommen Sie jetzt zu ganz bedeutend
herabgesetzten Preisen!

Neue Eingänge!
Aparie weiße
**Damen-
Filzhüte**
in nur guten, weichen
Qualitäten, sehr fecht.,
modern. Formen, flotte
Band- oder Filzgam.
Posten I Posten II
Die große Mode!
Polokappen
aus gut. weich.
Filz, in vielen
Farben .. Stück
1.10 St. **2.45** St. **3.25**

Montag:
Großer
**Reste-
Verkauf!**
**MESSOW
WALDSCHMIDT**

Gesellschaftshaus „Jägerhof“
Gräbschener Straße 181/183 Telefon 81232
Jeden Sonntag **Großer Schleifen- u. Taurentanz**
Schöner schattiger Garten Bestgipflige Engelhardt-Biere
Es ladet ergebenst ein
Kurt Pohler und Frau

Capitol Strehlen
Von Freitag bis Montag:
W. 6.45, 9.15, Sonntag 3.30, 6.15, 9.15
Ball bei Raffke
mit
Reinhold Schünzel — Luise Manhelm

**GESUNDE FRAU
GESUNDES VOLK**
Zeitgemäße Ausstellung
des Deutschen Hygiene-Museums
mit Sondergruppen vieler Behörden
und Verbände
Ausstellungsgebäude Scheitnig
**Einzigartige Darstellung des
Urquells der „Volks-gesundheit“**
Eröffnung 27. August
Geöffnet täglich ab 10 Uhr Eintritt 50 Pf.
Aerztliche Führungen, Vorträge, Film - Vor-
führungen und andere Sonder-Darbietungen
Bedeutende Industrie-Abteilung

Beste Fahrräder
nur noch
46.—, 49.50, 58.50, 69.50 Mk.
sowie Marken-Bereifung, Decken
1.75, 2.40, 2.75 und 3.80 Mk.
Schläuche **0.70, 0.85 und 1.— Mk.**
sämtliche Ersatzteile bedeutend
billiger bei
Herberg, Weißstein
Salzbrunner Straße 1

Jeden Mittwoch und Freitag
weiße Bratwurst Pfd. 80 Pfg.
Fleischerei Ida Trilber
Glogau, Kiehnstraße Nr. 11
Kauft bei Kristeller
Kristeller ist billig in
Herren-, Knaben- und Arbeiter - Bekleidung
Glogau, Markt 45

Otto Michalsky
Sagan, Enge Gasse 5
Kohlen- u. Briketthandlung

Eine große Sensation!
Unsere erste Etage mit Imbiß-Ecke
ist eröffnet!
Wir gewähren anlässlich dessen auf
alle Waren
10% Sonder-Rabatt
bis 31. August
Mechanische Weberei GmbH.
Seitendorf bei Zittau i. Sa.
Verkaufsstelle Breslau, Graupenstr. 7
Waren eigener Weberei direkt an den Verbraucher
Waren fremder Her-
stellung durch Großverkauf zu zeitgemäßem Preise

LYON-SCHNITTE
stets
bei
LITMANN
BRESLAU RING 102

Rita - Drogerie
Hubert von Poremsky
Inhaber G. von Poremsky
Breslau X, Ockerstraße 15

Sil
Das Wäsche
schonend bleicht,
Sil macht auch das Spülen leicht!

Kolonialwaren
Spirituosen
W. Krieger
Breslau, Steinstr. 91
Telefon 30539
Genossen
werbt für
Eure Presse!
Breslau 6
Georg Eckstein / Spedition
Friedrich-Wilhelm-Straße 24 — Sammelruf 230 44
Ausführung sämtlicher speditionstechnischen Arbeiten
Genossen, werbt für Eure Presse!

Antifaschistische Aktion auf dem Lande

der rettende Ausweg aus der Verelendung der werktätigen Schichten

N. S. Seit vielen Monaten stehen die im Interesse der Bourgeoisie, Großbauern und Agrarier liegenden Maßnahmen zur „Lösung der Agrarkrise“ fast im Vordergrund der gesamten kapitalistischen Politik. Eine Agrar-Politik jagt die andere; Subventionen auf Subventionen wurden durch Reich, Länder und Provinzen den Agrararistokraten zur Nationalisierung und Industrialisierung der Produktion, zur monopolistischen Beherrschung des Agrarproduktmarktes usw. gegeben. Als besondere Hilfsaktionen für die Agrarier und Großbauern erweisen sich neben anderen Maßnahmen und Plänen das Milch- und Brotgesetz, Standardisierungsgesetz, Neuregelung des Pachtwesens usw. Alle diese Rettungsversuche werden auf Kosten des Proletariats und der werktätigen Bauernschaft durchgeführt, die dadurch die Verelendung nicht nur des Proletariats und der kleinen Bauernschaft, sondern auch eines Teiles der mittleren Bauernschaft beschleunigen.

Unter der Landarbeiterschaft, die die Hungerpolitik der Agrarier wie die städtische Arbeiterschaft am meisten bezahlen muß, steigt infolge dieser Politik die Arbeitslosigkeit, verringert sich die Zahl der ständigen Arbeiter und andererseits nimmt die Zahl der vorübergehenden Beschäftigten zu. Die Agrarier nutzen diese Krise zu weiteren Angriffen gegen die Landarbeiterschaft, zu direktem Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und verschärfter Antreiberei usw. Eine besonders raffinierte Methode, die die Agrarier bei ihrer Lohnraubpolitik anwenden, ist das Ausspielen der städtischen Arbeitlosen gegen die Landarbeiter. Auf einer ganzen Reihe schlesischer Güter, besonders auf dem Gute in Kripton bei Gr. Neuhorn, werden neben den ständigen Landarbeitern eine Anzahl Erwerbslose beschäftigt; selbige erhalten ihre Unterstützung und für die Arbeit vom Agrarier einige Pfund an Naturalien (Getreide, Kartoffeln). Hier muß dieser faule Agrarier das von ihm so erwünschte „Wohlfahrtsgehör“ aus, indem er dem Erwerbslosen keinen Lohn, sondern nur einige Naturalien zur Unterstützung gibt, und andererseits versucht er einen Keil der Uneinigkeit zwischen die ständigen Landarbeiter und die Zeitarbeiter zu treiben, weil die Landarbeiter bei ihrem Hunger noch weniger verdienen als die Zeitarbeiter. Es hieße den Keil in den Sand stecken, wollte man nicht das Spiel der Bauern durchlaufen.

Heute gibt es noch Naturalien und Unterstützung, morgen aber schon keine Unterstützung und nur noch Naturalien, denn das ist der letzte Rettungsversuch der Agrarier zur Überwindung der Krise.

Bei diesem Raubzug hilft auch keine persönliche Anordnung des Nazi-Gauleiters Brücker, der, um die irreführten Landarbeiter bei der braunen Wurdgarde zu halten, in seinem Revolverblatt folgende Anordnung erläßt: „Ich ordne an, daß alle nationalsozialistischen Arbeitgeber ihren Landarbeitern dieselbe Erntezulage zu zahlen haben, wie sie im vorigen Jahre gezahlt worden ist.“ Ist das nicht lächerlich? Jedoch wir wollen diese Breslauer Schicksalsfigur Brücker einmal in seinem schlesischen Gau herumführen, und er würde sein blaues Wunder erleben.

Mehrere hundert nationalsozialistische Agrarier und Großbauern, aus deren Schlüssel Wälder kriechen, zahlen ihren Landarbeitern weder Erntezulage noch Lohn, sondern nur noch Naturalien.

Diese Tatsache ist Nazi-Brücker sehr an bekannt. Trotzdem deutet der Naziführer im Ernst daran, die Landarbeiter zum Kampf um die Erntezulage, um Zahlung des Lohnes usw. aufzurufen. Die „Anordnung“ von Brücker ist ein Betrugsmanöver.

Die herrschende Klasse ist sich bewußt, daß die Aufrechterhaltung und Festigung ihrer Diktatur wie auch die imperialistische Kriegsbereitschaft nur möglich ist, wenn sie breite Massen des arbeitenden Volkes auf der Seite der Konterrevolution halten und mobilisieren kann. Als solche Schichten kommen in erster Linie die in kleinbürgerlicher Ideologie befangenen Arbeiter und bäuerlichen Massen im Dorfe in Frage, die im wesentlichen auch das Menschenmaterial für die konterrevolutionären Organisationen stellen. Eine Fülle verschiedener Organisationen suchen gerade im Dorfe die breite Masse für die kapitalistische Herrschaft zu mißbrauchen; hierzu gehören der DGB mit seinen sozialdemokratischen Führern, wie die von der Sozialdemokratie geleitete Kleinbauernorganisation, die christlichen Bauernvereine, der Landbund, die Krieger- und Reitervereine, die Landvolk-Bewegung und nicht zuletzt die Nazis. Das Bestreben der Nazis und Krieger geht nicht nur allein dahin, durch brutale Unterdrückung der Lebenslage der Landarbeiter sich aus der Agrarkrise zu winden, sondern die Tausende von Klein- und Zwergbauern, von kleinen Pächtern und Zinsbauern zu proletarisieren und als unliebsame Konkurrenten auszuschalten, um den geschwächten Markt ganz zu beherrschen. Die Verelendung der breiten Schicht der werktätigen Bauern nimmt vor allem in den Ostgebieten, wo die Ackerbrut vorherrschend ist und zu denen Schlesien gehört, erschreckende Formen an.

Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlichte die Ergebnisse der Untersuchung über die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten und gibt dazu eine Reihe Zahlen bekannt. In

ihnen ist der jährliche Verbrauch je Vollperson an verschiedenen Produkten je nach Höhe des jährlichen Einkommens festgestellt. Als Vollperson sind bei der Ernährungsangabe berechnet: Kinder bis zum 9. Lebensjahr als halbe, vom 9. bis 14. Lebensjahr als dreiviertel und ab 15. Lebensjahr als volle Person. Hier die Wieder-gabe einiger Zahlen:

Einkommen pro Vollperson jährlich RM.	Eier Stück	Fleisch und Wurstwaren Kilo	Gemüse und Obst RM.	Milch RM.	Roggen-, Weizen-, Gerst-, Hafer-, Kleinfuttermittel RM.	Stärke, Kartoffeln, Nudeln, Reis, Getreide RM.
800	99	32,7	19,90	57,01	44,54	154,43
1000	127	42,9	30,73	88,85	39,60	153,2
1600	213	57,3	50,55	132,02	33,43	151,1
1800	242	60,4	56,61	140,33	32,48	150,4

Eine andere Statistik ergibt, daß, wenn beispielsweise das Jahres Einkommen einer Vollperson von 800 RM. auf 700 RM. zurückgeht, der Jahresverbrauch bei Fleisch um 3,6 Kilo, bei Gemüse und Obst um 3,68 RM., bei Milch um 11,38 RM. zurückgeht und im Gegenzug dazu der Verbrauch bei Brot um 1,78 RM., bei Kartoffeln um 0,4 Kilo steigt. Diese Statistik zeigt, daß der Verbrauch an hochwertigen Veredelungsprodukten, den hauptsächlichsten Markterzeugnissen des landwirtschaftlichen Kleinbesitzes, steigt bei steigendem bzw. rapid fällt bei sinkendem Lohn- und Einkommen. Demgegenüber aber der Verbrauch an Brotgetreide und Kartoffeln, den hauptsächlichsten Markterzeugnissen des Großgrundbesitzes, fällt bei steigendem und steigt bei sinkendem Lohn- und Einkommen. Deshalb haben die faschistischen Agrarier ein gewaltiges Interesse nicht nur an der Niederhaltung des Lohnes, sondern auch an der weiteren Verelendung breiterer Schichten des kleinen Bauerntums.

Der Arbeiter muß hungern zum Nutzen der Agrarier, und der kleine Bauer ist der Leittragende. Hier ist aber auch der Angelegenheiten zur Schaffung der Kampfgemeinschaft der Arbeiter und kleinen Bauern gegen die kapitalistische Matternbrut. Mit den raffiniertesten Mitteln versuchen die Agrarier immer den Preis ihrer Ware hochzuhalten. Auf dieser Linie liegt auch der

Schwindel von der Mißernte. Man kann schlecht erst eine große Rundfunkrede halten, wie Erbe v. Braun und von guter Ernte sprechen, um wenige Tage später dieselbe in eine Mißernte umzulagen. Im Frühjahr vorigen Jahres schrieb die Landbund-Zeitung sogar wörtlich:

„Lieber Gott, lasse bloß zu, daß wir in diesem Jahre eine Mißernte bekommen, damit unsere Produkte im Preise steigen!“

Also die Preise hoch, das ist das A und O jeder erfindenen Mißernte.

Wir Kommunisten sagen den Werktätigen des flachen Landes:

Wenn ihr euch von der Fessel des Hungers, des Elends und des Terrors befreien wollt, müht ihr euch in die antifaschistische Front einreihen, müht ihr die antifaschistische Aktion auf dem Lande entschlossen; das heißt, den Kampf gegen Lohnraub, gegen Antreiberei, für gleichen Lohn bei gleicher Leistung eröffnen, müht ihr Landarbeiter der revolutionären Gewerkschaftsopposition beitreten und euch revolutionäre Gutsräte wählen.

Müht ihr werktätigen Bauern für die Forderungen: Streichung aller rückständigen Steuern, Befriedigung des Landbauers der landarmen Bauern und Jungbauern, Herabsetzung der Pachtpreise, Herabsetzung der Zinsen, hinweg mit dem Reichsmilchgesetz, den geschlossenen Kampf eröffnen.

Müht ihr euch Bauernkomitees bilden, müht ihr dem roten Massenelendskampf beitreten und gegenüber den faschistischen, rote Reiterbataillone gründen, um so alle Anführer der faschistischen Reaktion siegreich zurückzuschlagen.

Wir haben in Deutschland und auch in Schlesien einige Beispiele des geschlossenen Kampfes der Arbeiter und Bauern zu verzeichnen, aber diese Front ist noch zu schwach, um den Endkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie anzufechten. Deshalb sagen wir euch: wenn die kommunistischen Genossen zu euch kommen, so diskutiert mit ihnen!

Verbrüderet euch; schließt fester die rote Einheitsfront zum Kampf um die Befreiung, zur Zerschlagung der Fessel der Sklaverei, zum Sturz der faschistischen Diktatur, zur Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Offener Brief an Bauern, Bäuerinnen und Bauernjugend

Ein Wendepunkt zum Aufstieg. Das habt ihr vom 31. Juli erlebt. Ihr, werktätige Bauern, steht an einem Wendepunkt — ein verschärfter Vernichtungsfeldzug hat gegen euch eingesetzt!

Die Industrieherrn brauchen Geld. Die Banken wollen saniert werden. Junker und Großbauern schreien nach Staatshilfe. Das Heer der großen Staatspensionäre und hohen Beamten wächst. Die Futterkripenjagd ist größer als je. Geld, viel Geld wird gebraucht!

Die Löhne und Unterstützungen der Arbeiter und Arbeitslosen, Kriegsinvaliden usw. werden abgebaut. Der Absatzmarkt für die Produkte eurer Viehwirtschaft schwindet. Die Erzeugerpreise sinken immer mehr. Aber

die Steuerlasten wachsen.

Umsatzsteuer, Salz- und Bürgersteuer hat auch die Papen-Regierung diktiert. Die Einheitswerte wurden erhöht und damit die Steuerumlagen. Die Schlachtsteuer ist vom Sozialdemokraten Severing, von der Nazi-Regierung in Mecklenburg-Sirelik, von Nazi-Röder in Oldenburg eingeführt. „Die Steuerfurchen der Bauern muß gebrochen werden“ — erklärte Nazi-Röder. In Mecklenburg-Schwerin hat die Nazi-Regierung die Landsteuer erhöht. Den Gemeinden werden weniger Reichsteuern überwiesen und damit die Gemeindefasten vermehrt. Die Kreditkassen verlangen

Zahlung der Zinsen und Schulden.

Die vom „nationalen“ Grafen Ranhou geleitete schleswig-holsteinische General-Landschaftsdirektion diktiert z. B., „daß der Erlös der diesjährigen Ernte in erster Linie zur Bezahlung rückständiger Landschaftszinsen dienen muß“ und daß die Schuldner auf „Zwangsvollstreckung ihres Grundvermögens“ rechnen müssen. Dienstbeflissen veröffentlicht die dortige Nazi-Presse diesen Ausruf. Die Zahl der Zwangsversteigerungen wächst immer mehr! Dringender als je ist heute der aktive

bäuerliche Kampf gegen diesen Vernichtungsfeldzug.

Das wollen die Regierenden und ihre Lakaien verhindern. Verbieten wurde die revolutionäre „Illustrierte Bauern-Zeitung“, weil sie zum Kampf gegen Steuer-, Zins-, Pacht- und Schuldenlasten, gegen Zwangsversteigerung, zur Schaffung bäuerlicher Kampfkomitees aufforderte. Beschlagnahme wurde die Broschüre des Reichsbauernbundes „Bauernkampf gegen Zwangsenteignung“. Gegen den in vorderster Front des revolutionären bäuerlichen Kampfes stehenden Kleinbauern Barowski in Jamm (Oberchl.) hat eine SA-Mordkolonne ein Bombenattentat verübt, sein ganzes Wohnhaus in Trümmer gelegt. Viehstehle Morde an revolutionären Arbeitern werden fast täglich von SA-Leuten durchgeführt, weil diese Arbeiter unter Führung der kommunistischen Partei im Kampf gegen die Volksausplünderung und Unterdrückung vorangehen. So soll der Widerstand des arbeitenden Volkes gebrochen werden.

Protestiert in allen Orten gegen die Verbote, gegen die Verfolgung der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung! Verbreitet die revolutionäre Kampfpresse! Kämpft gegen die Vernichtung eurer Existenz!

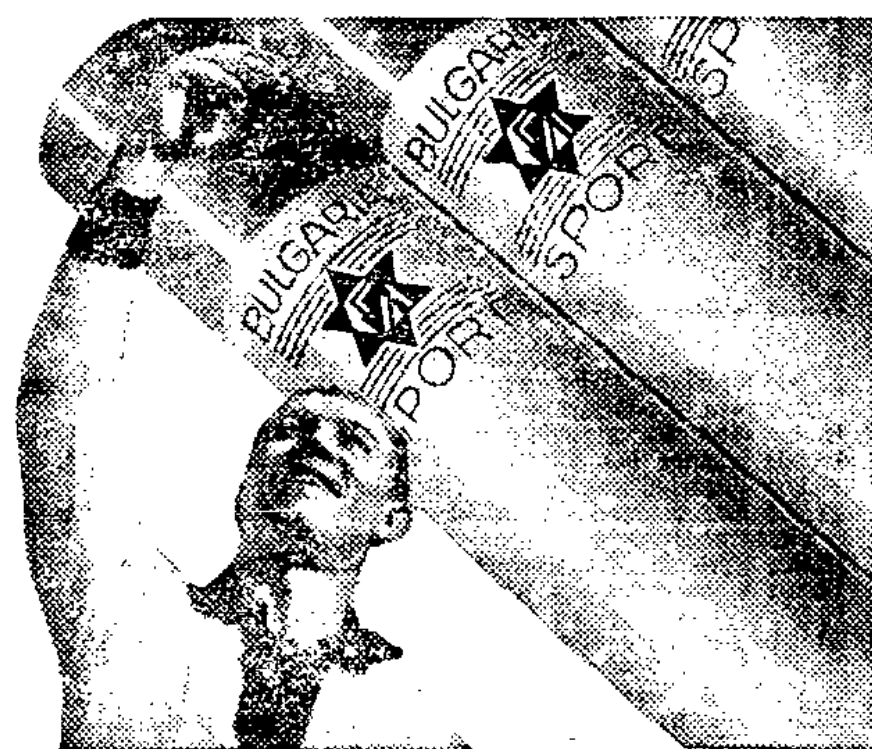
Schafft überall Bauern-Komitees!

Führt den Kampf gegen Steuer-, Zins-, Pacht- und Schuldenlast! Kämpft gegen den faschistischen Terror! Schafft antifaschistische Schutzstaffeln, Dorfwehren in allen Orten! Kämpft im engsten Bündnis mit der revolutionären Arbeiterschaft! Nieber mit der faschistischen Papen-Regierung! Nieber mit den Nazi-Landes-Regierungen! Nieber mit allen reaktionären Länder-Regierungen! Erzwingt den Wendepunkt zum Aufstieg! Vorwärts im Kampf um die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Reichsbauernbund e. V., Berlin W. 50, Passauer Straße 37, Ghs. I.

Parteischädlinge

werden rücksichtslos entfernt. Willst du auch dazu gehören? — Nein! — Dann rechne sofort alles Literaturgeld an die Bezirksliste ab!



Etwas ganz Neues

ist eine solche Qualitäts-Zigarette für 3! Pfg. Es ist zu verstehen, daß Bulgaria Sport teurere Zigaretten geradezu überflüssig macht.

BULGARIA SPORT, die **3 1/3** der Bulgaria mit Sport-Photos
6 Zigaretten mit Gold 20 Pfg.

Großkampftag der roten Kavallerie

am 4. September in Leipzig — Anfahrt auf elf Zugangsstraßen — Rad- und Motorradmeisterschaften auf der Bahn

„Die rote Kavallerie kommt“, so hieß es voller Stolz, wenn bei Kundgebungen und Demonstrationen der Arbeiter in früheren Jahren die in „Solidarität“ organisierten Arbeiteradler...

Aber die rote Kavallerie lebt, stürmt vorwärts und entwickelt eine selbst in früheren Jahren noch gelungene Aktivität. Die in der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit organisierten Radfahrer...

Unermüdet im Kampf um die Gewinnung der jungen proletarischen Elemente von den bürgerlichen Radvorkantonalen haben sie gerade in diesem Jahre eine Reihe von großen Erfolgen zu verzeichnen. Sie sind noch wie in früheren Jahren in der Organisation eng beieinander...

Ein Erfolg reißt sich bei ihnen an den anderen, weil sie Fragen nicht nur rein sportlich behandeln, sondern weil sie es verstehen, den Sport in Verbindung zu bringen mit den allgemeinen Interessen und Aufgaben der deutschen Arbeiterschaft.

Jedes Rennen, das zur Durchführung gelangt, gleich in welchem Landesgebiet, weist mehr Teilnehmer auf als das vorhergehende. 270 Fahrer in einem Rennen am Start, das will in diesen Zeiten, wo den Erwerbsteilen die Materialbeschaffung so unendlich schwer fällt, etwas heißen.

300 bis 400 Teilnehmer beim Straßenrennen Berlin-Leipzig am 4. September aus Anlaß ihres Reichstreffens in Leipzig ist das nächste Ziel, und kein Zweifel darüber, daß sie es schaffen werden. Auch die Fahrer aus unserem Landesgebiet werden dazu beitragen, daß die genannten Zahlen erreicht werden.

Bedeutet schon Drahtführung und Durchführung dieses Rennens so ungeheurer viel, so ist die zur gleichen Zeit zur Durchführung der langen Reichszielfahrt noch gewaltiger und nur möglich durch die aktive Unterstützung und den heftigsten Eifer der revolutionären Arbeiterschaft in allen Teilen Deutschlands.

Aus dem Norden führt über Hamburg, Danzig, Stettin, Berlin, aus dem Westen über Breslau, Frankfurt a. d. O., von der Westküste aus Norddeutschland, aus den Industriezentren des Rheins an Rhein und Ruhr, aus dem Süden Deutschlands, vor allem her werden sich die merkwürdigen Radfahrer in großen Kolonnen in der Woche vom 20. August bis 1. September auf dem Wege nach Leipzig befinden.

Jeder Arbeiter, der ein Rad besitzt, gleich welcher Drahtführung er angehört, ist aufgefordert, diese Fahrt mitzumachen, wenn er nur Sport ist, mit den roten Sportlern werden die Reichszielfahrt des Sports, neben den Reichszielfahrern auf der Remontbahn, das sind nicht nur Straßenmeisterschaften innerer Radfahrer, sondern Reichszielfahrt eine gewaltige Kundgebung der Antifaschistischen Sportler.

Der Kampf ist nicht ohne, hat der Bund „Solidarität“ brachte am 16. und 17. Juli in Halle bei ihren Bundesmeisterschaften auf circa 300.000 Mitgliedern ganze 150 Bahn- und Straßenfahrer auf die Reihe. Bei seinem Reichstreffen der Motorradfahrer in Ravel waren es 450 Maschinen, die sich kein bisschen abruhte zur Gefährdung dem Fahrer hatten. Das sind gewiß stolze Zahlen, wenn man den riesigen Wettbewerbstand vorwunde legt.

600 Motorräder werden allein Sachsen und Berlin-Brandenburg nach Leipzig bringen. Auch hier kann und soll jeder merkwürdige

Motorfahrer mitmachen. Das wird eine wichtige Demonstration werden, wenn die mehr als 1000 Räder mit ihrem ohrenbetäubenden Getöse in Leipzig anrücken.

Leipzig, die Zentrale des nach Berlin stärksten Landesgebietes der R.A. für rote Sporteinheit, ist zum Empfang gerüstet. Tausende Privatquartiere stehen zur Verfügung, gesteuert von den Arbeitern Leipzigs in brüderlicher Solidarität mit den Sportlern der Kampf-gemeinschaft.

Am Sonnabend, dem 26. August, starten die Tisster als erste zur langen Fahrt. Je näher das Ziel, desto dichter die Kolonnen auf der Landstraße, die sich lavinenartig auf Leipzig zu bewegen. Das Surren der Räder auf den Landstraßen wird in diesen Tagen nur einen Klang, nur einen Text haben:

Zum 4. September nach Leipzig!

Die „Eiserne Front“ auf Olimpfang

Nachdem die Arbeiterportler in den, unter Führung der Reformistischen Runden der „Eisernen Front“, durch ihr Verhalten eine entschiedene Abgabe erteilt haben, versuchen jetzt die Manager über den Betrieb eine Stärkung ihrer Reihen zu erreichen. So z. B. spielten im Betrieb der Neptun-Werke in Rostock beschäftigte Fußballer gegen die Feinzeugwerke Heintel in Warnemünde. Der Erfolg war allerdings nicht der, den die Manager der „Eisernen Front“ sich wünschen.

Dieses Beispiel weist die roten Sportler erneut auf die Verstärkung ihrer Aktivität innerhalb der Betriebe hin, zur Verhinderung des Einflusses der roten Sporteinheitsfront. Nicht mit der „Eisernen Front“ für die sozialistische Ausbeutung, sondern in roter Einheit mit der Antifaschistischen Aktion gegen Kapitalismus und Faschismus, für die Befreiung der Arbeiterklasse, für den Sozialismus.

Vorschau für Sonntag

Gesellschaftsspiele

Sonnabend, 27. August:

- 15.30: Spielvereinigung II — Delf II, Minervaplatz (Lange Gasse), Keller (Fortuna).
17.00: Spielvereinigung I — Delf I, Minervaplatz (Lange Gasse), Keller (Fortuna).
18.00: Rot-Weiß II — Solf II, Rot-Weiß-Platz, Kulle (Dynamo).
17.30: Rot-Weiß I — Solf I, Rot-Weiß-Platz, Keller (Fortuna).
17.30: Kanal-Öst III — Kanal-West III, Dörschlag, Kaiser (Grün-Weiß).
16.00: Kanal-Öst II — Kanal-West II, Dörschlag, Müde (Dynamo).
17.30: Kanal-Öst I — Kanal-West I, Dörschlag, Fiedler (Süd).
13.00: Schwarz-Weiß (Schüler) — Fortuna (Schüler), Astania-Platz, Puchwald (Dynamo).
11.00: Schw-Weiß III — Fortuna III, Astania-Platz, Kulle (West).
15.00: Schw-Weiß II — Fortuna II, Astania-Platz, Kulle (West).
16.30: Schw-Weiß I — Fortuna I, Astania-Platz, Hilbert (Solf).

Sonntag, 28. August:

- 9.00: Grün-Weiß II — Dynamo II, Brüdernaue, Rudolf (Fortuna).

Rot-Weiß in Reize

Am heutigen Sonnabend und morgigen Sonntag weilen die Rot-Weißer in Reize, um bei dem dort stattfindenden Sportfest Gesellschaftsspielen auszuführen. Die augenblicklich gute Form der Breslauer läßt ein günstiges Abschneiden erwarten.

Fische - Nieder-Salzbrunn — Grün-Weiß - Wülfegiersdorf

Obgenanntes Treffen steigt als Serienpiel am kommenden Sonntag auf dem Sportplatz in Nieder-Salzbrunn. Da am Nachmittags das Handfest der Roten Hilfe stattfindet, sind die Anstöße auf vor-mittags verlegt worden. Das Spiel der 1. Elf steigt um 10 Uhr. Hier erwartet man Fische als knappen, aber sicheren Sieger. Die

Reichszielfahrt der merkwürdigen Radfahrer

Wie wir von der Reichsleitung der Rad- und Motorfahrer noch erfahren, sollen die Quartiermeldungen der Teilnehmer zur Reichszielfahrt sofort an die Geschäftsstelle Berlin C 25, Münchstraße 21, eingesandt werden. Die sofortige Meldung liegt im Interesse eines jeden Teilnehmers, weil davon die glatte Quartiervermittlung ent-scheidend abhängig ist. Wir betonen noch einmal: jeder kann teil-nehmen, keiner wird zurückgewiesen.

Zweckmäßig ist es, wenn man sich mit den örtlichen Instanzen der R.A. in Verbindung setzt und sich dort zur Teilnahme meldet. Das bedeutet eine bessere Wertung für unser Landesgebiet, und wer möchte bei dieser Veranstaltung nicht gern in Front liegen?

Fußball: Prag verliert in Berlin

Bei dem Massenportfest in Lichtenberg, an dem über 600 Leicht-athleten teilnahmen, waren auch Prager Fußballspieler zu Gast. Vor einigen Tausend Zuschauern zeigten die Prager hochklassige Leistungen. Absolut fair spielten die Tschechen. Jeder Spieler glänzte durch Einzelleistungen. Trotz alledem makteten sie gegen die produktiveren Berliner Auswahlmannschaft des Ostens eine 5:0-Niederlage hinnehmen. Die Prager Städte Mannschaft trägt noch 4 weitere Spiele in Berlin-Brandenburg aus.

Note Spielvereinigung 1931

General-Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 31. August, 20 Uhr, bei Strich, Wöhrerstraße 7. Mannschaftsaufstellung zur Serie. Nichterscheinen wird bestraft.

Note Spielvereinigung 31 I gegen Hausdorf I 5:1

Note Spielvereinigung 31 I gegen Wülfegiersdorf I 1:0

Am 20. und 21. August weiste die Spielvereinigung als Gast mit einer Mannschaft in Hausdorf und Wülfegiersdorf. Troppdem die Mannschaft konstant war und die Genossen den weiten Weg auf Fahrrädern zurücklegten, konnten obige Spielresultate erzielt werden. Im 100-Meter-Lauf war Gen. Schödl mit 11,8 Sek. der Beste. Den Hausdorfer und Wülfegiersdorfer Genossen für die gute Quartier-regelung ein Rot Sport.

Gesellschaftsspiele

Sonnabend, 27. August:

2. Elf spielt bereits um 1/9 Uhr. Weiter beider Spiele ist Genosse Günther (Zirkau).

Note Sportler flohen in der Provinz vor

Werbe-Fußballspiele in Groß-Wartenberg

Blau-Weiß I. Dels — Grün-Weiß I. Breslau 3:1

Am Sonntag, dem 21. August 1932, meinten obgenannte Ver-eine in Groß-Wartenberg, um auch in diesem reaktionären Städtchen einen roten Sportverein ins Leben zu rufen. Es wurden Fußball-spiele vorgeschrieben, die werbend für den roten Arbeiter-Sport waren.

Das Spiel der ersten Mannschaften begann mit einem ziemlich harten Tempo und nach 25 Minuten Spielzeit kam der Halbzeit der Blau-Weißer, durch einen Fehler der Verteidigung, zum ersten Male einfinden. Nach einem schönen Durchbruch kam Grün-Weiß aus-gleichen. Kurz vor der Pause kam der Mittelstürmer von Dels zum zweiten Male einfinden. Mit dem Stande 2:1 für Dels geht es in die Pause. Nach dem Seitenwechsel hat es sich etwas abgeflacht und jede Mannschaft geht erneut daran, den Sieg sicherzustellen. Beide Torleute müssen sehr eingreifen, um ihr Heiligtum reinzuhalten. Nach einigen schönen Durchbrüchen ist es der Halbstärke von Dels, der dreimal einfinden kann, um obiges Resultat herzustellen. Vor dem Spiel der 1. Mannschaften trafen die 2. Mannschaften aufeinander, und sie trennten sich nach einem ruhigen Spielverlauf mit einem un-entschieden, 0:0. Am Abend fand dann im Gasthaus Wilmann die Gründungsversammlung statt und es waren zehn Genossen gewillt, einen roten Sportverein vorwärts zu bringen. Es wurde dann der Verein gegründet und mit dem Namen

U.S.B. Fichte - Groß-Wartenberg

gekauft. Wir wünschen den Genossen von Groß-Wartenberg die besten Erfolge und begrüßen die neuen Streiter in der Kampfgenossenschaft für rote Sporteinheit mit einem kräftigen „Rot-Sport“!

Rundfunk-Programm

Sonntag, 28. August

- 6.15: Hamburger Saitenorgel.
8.15: Chororgel des Männergesangsvereins Schwab.
9.00: Schachklub.
9.15: Käseklub.
9.30: Zwanzig Minuten Verkehrsfragen. Ein Zwiegespräch.
9.50: Glöckchengeläut.
10.30: Katholische Morgenfeier.
11.00: Frankfurt. Goethe-Gedächtnisfeier auf dem Römerberg.
12.30: Oberkreuzbau: Niesengebürgsrennen 1932 des ADAC. — Hörbericht.
13.00: Berlin: Mittagskonzert.
14.00: Mittagsberichte.
14.10: Fünfzehn Minuten für die Kamera.
14.25: Was der Landwirt wissen muß!
15.00: Tölsdorf. Rzs. Habelschwerdt: Einweihung der Bohldorfer Schule als Hermann Stehr-Schule und Enthüllung einer Gedächtnisartel.
15.45: Kinderfunk: Hier wird Theater gespielt.
16.15: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.15: R. Jungnickel: Begegnung mit lebenden Menschen.
17.30: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
18.15: Goethe vor und nach der italienischen Reise. Hörfolge.
18.15: Konzert der Schlesischen Philharmonie.
19.55: Wetter für die Landwirtschaft. — anchl.: Sportresultate.
20.00: Farrer Dr. Wollen: Geschichte und Bedeutung Ökonomie.
20.30: Bekenntnis zu Goethe. — Pandora. Festspiel von Goethe.
22.00: Zeit. Wetter. Presse. Sport. Programmänderungen.
22.30: Frankfurt a. M.: Unterhaltungskonzert.

Montag, 29. August

- 10.10: Schulfunk: Brüngein Melodie führt eine Begleitung.
15.30: E. Bauman: Aufführungen des Breslauer Schachspiels.
15.45: Gab M. Lippmann: Kulturfragen der Gegenwart.
16.00: Das Buch des Tages: Bücher um Goethe.
16.15: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
Anschl. Das wird Sie interessieren!
17.50: Zum Gedächtnis Wilhelm Hohlemer
18.20: Fünfzehn Minuten Englisch.
18.35: Goeth- und Schiller. Briefwechsel und zeitgenössische Berichte.
19.00: Abendmusik auf Schallplatten.
ca. 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
20.00: Kabarettische Streiche. Weitere Hörigenen von Ernst Schenk.
21.00: Abendberichte.
21.10: Wiederholung.
22.00: Zeit. Wetter. Presse. Sport. Programmänderungen.
22.25: Brückenschwerer Briefkasten.

22.40: Dr. Schelenz: Stehen wir vor einem Umwälzung im Frauen-loort?

Dienstag, 30. August

- 10.10: Schulfunk: Gerhart Hauptmann und Schlessen.
11.30: Wetter. — anchl.: Was der Landwirt wissen muß!
15.45: Das Buch des Tages: Dramen und Verliche.
16.00: Kinderfunk: Hedwig Hartmann erzählt eine eigene Geschichte.
16.30: Poeme-Balladen.
17.00: Unterhaltungskonzert auf Schallplatten.
17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
Anschl. E. S. Soffer-Reichenau: Abenteuerliche Kanureise im innersten Afrika.
17.55: Ein Mensch stirbt, von Hans Philipp Weis.
18.20: Das wird Sie interessieren!
18.40: Spanische Violinmusik.
19.15: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Abendmusik auf Schallplatten.
20.00: W. Bäuerle: Goethe und die Wissenschaft.
20.30: Fallschirmiges Konzert des Schell. Symphonie-Orchesters.
21.50: Zeit. Wetter. Presse. Sport. Programmänderungen.
22.20: E. W. Spaethe: Fünf Minuten Sport für den Laien.
22.30: Langmusik Konzert- und Kammerorchester Hans Capper.

Mittwoch, 31. August

- 11.30: Gleichig: Wetter. — anchl.: Für den Landwirt.
16.00: Elternkunde. Lehrer Böhm: Elternhaus und Verkehrserzie-hung. — Studentat Goebich: Das Jugendwandern, vom Stand-punkt der höheren Schule aus gesehen.
16.30: Wieder schlesischer Komponisten.
17.00: R. Franz: Die deutsche Jugend im Verein für das Deutsch-tum im Auslande.
17.20: Landwirtschaftlicher Preisbericht. — anchl.: Rektor Koller: Deutsche Anstehungen in Schlessen.
17.40: Collegium musicum. Leitung: Franz Kauf.
18.20: A. Baumgärtel: Der Gesamtbetriebsrat bei einer Stadtver-waltung.
18.40: Volksbildungssekretär Geese: Tumultschäden. Rechtsfolgen und Geldentziehung von Anträgen.
19.05: Dr. Simler: Goethes Reise durch Oberschlessen.
19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Konzert. Orchester der Gleiwitzer Berufsmusiker.
20.30: Lustiger Abend.
22.30: Zeit. Wetter. Presse. Sport. Programmänderungen.
23.00: Langmusik der Funkkapelle.

Donnerstag, 1. September

- 10.10: Schulfunk: Aus dem deutschen Wirtschaftsleben.
11.30: Wetter. — anchl.: Was der Landwirt wissen muß!

- 15.50: E. Fröhlich: Wochenendspaziergang nach Rothfäden.
16.00: Kinderfunk: Spiele für Regentage.
16.30: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
Anschl. Das Buch des Tages: Der Mensch Goethe.
17.50: R. Swolinsky: Gewerbliche Zeitfragen.
18.15: Schulfunk: Jugendaufregung.
18.40: Obering. Rosenberg: Technische Ueberlicht.
19.00: Abendmusik auf Schallplatten.
19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. H. Gaupp: Goethe und seine Zeitgenossen.
20.00: Solistenkonzert der Funkkapelle.
21.00: Köln: Anlaßlich des Katholikentages. Das deutsche Vater-unter. Chorwerk von Gustav Kneib.
22.00: Zeit. Wetter. Presse. Sport. Programmänderungen.
22.30: Fünf Minuten Operantato: Barod in Schlessen.
22.40: Mandolinenzert. Erster Breslauer Mandolinklub 1913.

Freitag, 2. September

- 10.10: Schulfunk: Das Meisterfingerringel.
15.45: Das Buch des Tages: Grenz- und Auslandsdeutschtum.
16.00: Stunde der Frau.
16.30: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
Anschl. Marianne Kub: Goethe und die Frauen.
17.50: Das wird Sie interessieren!
18.10: A. Eberhard: Goethe im täglichen Verkehr.
18.30: Abendmusik der Funkkapelle.
19.30: Wetter für die Landwirtschaft. — anchl.: Sedantämpfer sprechen von ihren Erinnerungen. (Schallplatten)
20.00: Der Overball. Operette von Richard Heuberger.
22.45: Washington: A. G. Sell: Morüber man in Amerika spricht.
23.00: R. Dittscheid: Im Fußballsport werden wieder Punkte ge-schloß.
23.15: London: Langmusik.

Sonnabend, 3. September

- 11.30: Eröffnungsfest der Gerhart Hauptmann-Ausstellung im Kunstgewerbe-Museum in Breslau.
15.45: Gab M. Lippmann: Filme der Woche.
16.00: Stunde der Musik: Die Erlernung des Violinspiels.
16.25: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.30: Dr. Krämer: Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturausweis.
18.00: Fred A. Angermeyer liest aus eigenen Werken.
18.30: Abendmusik der Funkkapelle.
19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Das wird Sie interessieren!
20.00: Köln: Eine frühe Abreise.
22.00: Zeit. Wetter. Presse. Sport. Programmänderungen.
22.30: Berlin: Langmusik der Kapelle Winery Douglas.

Im Namen des werktätigen deutschen Volkes erhebt die KPD. ihre Kampfforderungen

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die allein die Klasseninteressen des deutschen Proletariats und zugleich die Lebensinteressen des gesamten werktätigen Volkes von Deutschland vertritt, hat erneut die Forderungen aufgestellt, wie sie die Lage des arbeitenden Volkes erheischen.

Indem die KPD. durch die kommunistische Reichstagsfraktion diese Forderungen für das werktätige Volk als Anträge an den Reichstag einreichen läßt, erklärt sie vor den arbeitenden Massen:

Seid euch bewußt, daß diese Anträge Kampfforderungen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen werktätigen Massen sind, die nicht durch die „Parlamentsarithmetik“, sondern allein durch die Kraft der außerparlamentarischen Massenbewegung entschieden werden!

Macht die arbeitenden Massen mobil für ihre Kampfforderungen! In allen Betrieben und Massenorganisationen, in allen Orten, in Stadt und Land, nehmt Stellung und faßt eure Kampfeschlüsse! Tretet geschlossen hinter die Kommunistische Partei und ihre für das werktätige Volk erhobenen Kampfforderungen! Tragt die Antifaschistische Aktion vorwärts und helft die Millionenmassen in der roten Einheitsfront zu sammeln, deren Kraft allein die Gewähr des Sieges gibt!

Fort mit dem Kabinett Papen!

Antrag Thälmann, Torgler und Genossen:

Der Reichstag entzieht der Reichregierung von Papen das Vertrauen

Der Reichstag entzieht dem Reichsinnenminister von Gahl das Vertrauen.

Der Reichstag entzieht dem Reichswehrminister von Schleicher das Vertrauen.

Der mit Militärgewalt eingesetzte Reichskommissar für Preußen und die ebenso eingesetzte kommissarische preussische Regierung sind sofort zurückzuziehen.

Aufhebung der Papen-Notverordnungen!

Die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 35, Seite 273) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Schluß mit dem Arbeitsdienst!

Die Verordnung über den „freiwilligen“ Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 45, S. 352) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterklasse!

Das von der Reichregierung am 18. Juli 1932 ausgesprochene Demonstrationsverbot ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Fort mit den Sondergerichten!

Die Verordnung der Reichregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 54, S. 404) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Aufhebung der Anebelungsgeetze gegen die Arbeiterklasse!

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 36, S. 297) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 40, S. 339) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 54, S. 403) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Nieder mit Hitlers Mordbanditen!

1. Alle SA- und SS-Formationen sind mit sofortiger Wirkung zu verbieten;
2. die Länderregierungen werden bindend verpflichtet, bereits vorgenommene Einstellungen von SA- oder SS-Leuten oder sonstigen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei als Hilfspolizisten sofort rückgängig zu machen. Auch für die Zukunft sind solche Einstellungen grundsätzlich verboten.

Aufhebung des RFB-Verbots!

Die Reichsregierung wird aufgefordert, die Länderregierungen zu veranlassen:

1. mit sofortiger Wirkung das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes aufzuheben;
2. mit sofortiger Wirkung alle Demonstrationsverbote aufzuheben;
3. mit sofortiger Wirkung alle Verbote kommunistischer Zeitungen aufzuheben;

Fort mit den Massensteuern!

In Anbetracht der ungeheuerlichen Verelendung der werktätigen Massen Deutschlands werden die folgenden Steuern mit sofortiger Wirkung aufgehoben:

- a) „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ (Beschäftigtensteuer),
- b) die Ledigensteuer,
- c) die Umsatzsteuer,
- d) die Zudersteuer,
- e) die Salzsteuer.

Die Lohnsteuer wird aufgehoben. Gleichzeitig wird das steuerfreie Existenzminimum für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Jahreseinkommen von 5000 Mark auf 2400 Mark erhöht; die bisher für die Lohnsteuerpflichtigen geltenden sozialen Abzüge gelten für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 5000 Mark.

Die Erhebung von Bürgersteuer (Notverordnung vom 26. Juli 1930 und 1. Dezember 1930) wird mit sofortiger Wirkung eingestellt. Ten Gemeinden wird jede weitere Erhebung von Bürgersteuer untersagt.

Den Gemeinden ist als Ersatz für den Ausfall an Bürgersteuereinkommen vom Reich ein Betrag von 300 Millionen Mark zu überweisen, der durch Abträge im Etat der Reichswehr und der Reichsmarine freizumachen ist.

Rückertstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer

Alle zuviel gezahlten Lohnsteuerbeträge sind zurückzuerstatten. Der § 93 des Einkommensteuergesetzes ist dementsprechend wieder in Kraft zu setzen.

Zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten erhalten Gemeinden und Gemeindeverbände vom Reich einen Betrag von 60 Millionen Mark, der anstatt aus dem Regal der Lohnsteuererstattungen durch Abträge im Etat der Reichswehr und der Reichsmarine aufzubringen ist.

Aufhebung der Schlachtsteuer

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung aufzufordern, auf die Länderregierungen dahin zu wirken, daß die Schlachtsteuer als eine die Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger verteuernde und die Existenz der Klein- und mittelbäuerlichen Viehproduzenten schwer schädigende Steuer nicht erhoben werden darf.

Die Reichen sollen zahlen!

1. Alle Vermögen von natürlichen und juristischen Personen über 500 000 Mark werden einer einmaligen Steuer von 20 Prozent unterworfen.

2. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer von 20 Prozent der Ausschüttung (Dividendensteuer) unterworfen.

3. Alle Aufsichtsratsaktien und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent

4. Alle Einkommen über 50 000 Mark werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent jährlich belegt.

Offenlegung der Steuerlisten

Die Steuerlisten von allen Steuern von Einkommen und Vermögen sind zur öffentlichen Einsicht auszulegen.

Die Offenlegung erfolgt nach Beendigung der Veranlagung während zweier aufeinanderfolgenden Wochen sowohl am Sitz des zuständigen Finanzamts wie in der Gemeinde, wo die betreffenden Steuerpflichtigen ihren Wohnsitz oder Betriebsitz haben.

Die Finanzämter bestimmen durch öffentliche Bekanntmachung Ort und Zeit der Offenlegung.

Senkung der Mieten!

1. Die Mieten für Altbwohnungen, sowie für Neubauwohnungen werden sofort auf 75 vom Hundert der Friedensmieten herabgesetzt.

2. Erwerbslose, Kurzarbeiter, Sozial- und Kleinrentner, Krüppel und Wohlfahrtsempfänger sind sofort von der Mietzahlung zu befreien. Für Hausbesitzer, deren Jahreseinkommen aus Arbeit oder sozialer Rente weniger als 5000 Mark beträgt, müssen die Gemeinden Mietausfälle insoweit ersehen, als dies zur Erhaltung ihres Hausbestandes notwendig ist.

3. Alle Zwangsräumungen gegen werktätige Mieter von Wohn- und Kleingewerberäumen sind verboten.

4. Mieterschutz- und Mietsmitemengesetz sind für alle Mietverhältnisse (einschließlich Neubauwohnungen, Gewerberäume und Untermietverhältnisse) nach ihrer ursprünglichen Fassung wieder herzustellen.

5. Die Hauszinssteuer ist zugunsten der Mieter sofort aufzuheben.

4. mit sofortiger Wirkung die polizeiliche Ueberwachung aller Arbeiterversammlungen (öffentliche Versammlungen, Mitgliederversammlungen, Belegschaftsversammlungen) einzustellen.

Aufhebung des Freidenker-Verbots!

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der kommunistischen Gottlosenorganisation vom 3. Mai 1932 (Reichsgesetzblatt I, S. 185 bis 186) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Schluß mit den Fürstenrenten!

Ausweisung der Fürsten aus Deutschland

Die Reichsregierung wird aufgefordert, dem Reichstag unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, das folgende Bestimmungen enthält:

1. Sämtliche Zahlungen des Reiches und der Länder an Mitglieder vormals regierender fürstlicher und standesherrlicher Familien sind mit sofortiger Wirkung einzustellen.
2. Alle Mitglieder vormals regierender fürstlicher und standesherrlicher Familien sind aus dem Reichsgebiet auszuweisen. Ihr gesamter beweglicher und unbeweglicher Besitz ist vom Staat zu beschlagnahmen.

Keine Subventionen an die Reichen!

Die Gewährung von direkten und indirekten Subventionen an Banken, Industrie- und Verkehrsunternehmen sowie an den Großgrundbesitz ist sofort einzustellen.

Gegen die Riesengehälter!

Die Gehälter der Direktoren und Inhaber solcher Banken und Börseninstitute, die aus Reichs- und Staatsmitteln subventioniert wurden, dürfen im Höchstfall 7200 Mark im Jahre betragen.

Zerreißung des Tributvertrags!

1. Der in Einverständnis mit Hitler abgeschlossene neue Tributvertrag von Lausanne wird nicht durchgeführt;

2. der Youngplan und alle darauf basierenden Gesetze (Reichsbahngesetz, Reichsbankgesetz usw.) sind für null und nichtig zu erklären;

3. die Zinsleistungen für die Dawes- und Younganleihe und die Zahlungen aus weiteren politischen Verträgen (Zahlungen an die Vereinigten Staaten, Deutsch-Belgisches Mark-Abkommen) sind mit sofortiger Wirkung einzustellen;

4. die verschleierte Reparationszahlungen in der Form des Zinsdienstes für sogenannte private Auslandsanleihen sind durch besonderes Reichsgesetz zu verbieten und die dadurch freitwerdenden Beträge für Zwecke der Beschaffung tarifmäßig bezahlter Arbeit und für die Erhöhung der Unterstützungssätze der Arbeitslosen, Kriegsveteranen, Sozialrentner und sonstigen Unterstützungsempfänger zu verwenden.

Austritt aus dem „Völkerbund“!

Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ist sofort zu vollziehen.

Nur die KPD. kämpft für die Werttätigen!

Anträge der KPD. für die Arbeitslosen

Sofortige Hilfe für Arbeitslose und Sozialrentner

Die katastrophale Lage der Erwerbslosen und Sozialhilfsbedürftigen erfordert angesichts des drohenden Hungerwinters besondere Maßnahmen. Die Reichsregierung wird aufgefordert, unverzüglich folgende dringlichsten Herbst- und Wintermaßnahmen durchzuführen.

1. alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, sowie alle Fürsorgeberechtigten erhalten eine Winterbeihilfe in Höhe von 50 Reichsmark für den Hauptunterstützungsempfänger; Unterhaltungsbedürftige und Empfänger von Waisenrente erhalten je 15 Reichsmark;
2. den vorstehend genannten Personengruppen sind laufend neben der Parunterstützung Naturalunterstützungen anzurechnen, die nicht auf die laufenden Unterhaltungen angerechnet werden dürfen, zu gewähren, und zwar: Lebensmittel aller Art, ausreichendes Feuerungsmaterial, sowie Kleidung.

Die für diese Hilfsmassnahmen benötigten Mittel sind aus dem Reichswehretat und durch sofortige Beitreibung aller rückständigen Steuern der Großunternehmungen oder sonstigen Großbesitzenden zu beschaffen.

Rückgängigmachung aller Unterstützungskürzungen

Um der im raschen Tempo fortschreitenden Verelendung der Arbeitslosen und der Sozialhilfsbedürftigen zu steuern, die besonders durch die Verschlechterungen infolge der Notverordnung-

zuwendende Betrag muß mindestens pro Person und Tag 0,20 Mark ausmachen.

Die unentgeltliche Verabfolgung des warmen Essens darf zu keiner Minderung der zu gewährenden Unterstützung führen bzw. eine Anrechnung auf die Unterstützungssätze zur Folge haben.

Hilfe für die Invaliden!

Zum Schutze der im größten Hungerleid befindlichen Sozialrentner (Alters-, Invaliden-, Unfall-, Knappschaftsrentner und Pensionäre) werden mit der Aufhebung aller die KPD. betreffenden Notverordnungbestimmungen folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Wiederherstellung der entzogenen Rentenansprüche (Aufhebung der Ruhestellbestimmungen für nebeneinanderlaufende Renten), Wiedergewährung aller Teilrenten;
2. sofortige Aufhebung aller Rentenkürzungen;
3. Wiederherstellung der Anwartschaftsbestimmungen nach dem Stande vom 1. Dezember 1931.

Die Reichsregierung wird aufgefordert, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Änderung der Sozialversicherung vorzulegen, der folgende Vorschläge voll berücksichtigt:

1. Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten in allen Zweigen der Sozialversicherung auf mindestens 100 Reichsmark im Monat und der Familienzuschläge für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen auf 25 Reichsmark im Monat;
2. als Volkrente für Unfallverletzte wird der volle Jahres-

Reichsmittel für die Wohlfahrt

Den Gemeinden sind aus Reichsmitteln sofort 800 Millionen Mark zu überweisen mit der Maßgabe, allen ausgesteuerten Erwerbslosen unter Einschluß der Frauen und Jugendlichen Unterstütlungen in der Höhe der Hauptunterstützung des RMG. auszugeben. Außerdem sind die Gemeinden zu verpflichten, allen Unterstützungsberechtigten und Hilfsbedürftigen Zuschüsse in Form von Mietentschädigungen, Kleidung, Schuhwerk, ausreichenden Stärkungsmitteln, Milch für Kinder usw. zu gewähren.

2. die Rückerstattungspflicht aufzuheben;
3. an Stelle von Fürsorgepflichtarbeiten Notstandsarbeiten bei Zahlung tariflicher Löhne und freiem Arbeitsverhältnis der Notstandsarbeiter durchzuführen;
4. jedwede Zurechnung von Reichsmitteln an die private Wohlfahrt einzustellen und die hierdurch freiwerdenden Mittel den Gemeinden zur Durchführung der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu überweisen;
5. die Länder und Gemeinden zu veranlassen, alle Zuschüsse an die private Wohlfahrt ebenfalls einzustellen.

Für die Kriegsgespieler!

Rückgängigmachung aller Rentenkürzungen

Die Reichsregierung wird beauftragt, in der Versorgung der Kriegsgespieler mit sofortiger Wirkung folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Wiederherstellung der Versorgung nach dem Stande der Fünften Novelle des Reichsversorgungsgesetzes vom 22. Dezember 1927;
2. Aufhebung aller Kürzungsbestimmungen, betreffend Zusatzrenten, Kinderzulagen, Ortszulagen, Eltern-, Witwen- und Waisenbeihilfen, sowie Erziehungsbeihilfen;
3. Aufhebung der Rentenkürzungen bei Kriegsbekämpften, die ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln beziehen (§ 82 RVG.), soweit das jährliche Einkommen den Betrag von 7200 Mark nicht übersteigt;
4. Aufhebung aller einschränkenden Verfahrensbestimmungen (Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen vom 10. Januar 1922 Reichsgesetzbl. I S. 59).

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert in einem ausführlichen Amnestieantrag die Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen

Maßnahmen auf sozialgesetzlichem Gebiet hervorgerufen sind, wird die Reichsregierung aufgefordert, folgendes durchzuführen:

1. Alle gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen der Reichsregierung, des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, wie sie nach dem 3. Juli 1929 ergangen sind, und zur Veränderung des Gesetzes über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung führten, sind aufzuheben.

2. Die Arbeitslosenversicherung wird auf alle männlichen und weiblichen Arbeitern, Angestellten, nicht pensionsberechtigten Beamten, soweit ihr Jahreseinkommen 7200 Mark nicht übersteigt, auf alle Kleingewerbetreibenden einschließlich der Kleinbauern, ausgedehnt.

3. Die Arbeitslosenunterstützung wird für die tatsächliche Dauer der Arbeitslosigkeit unter Beibehaltung der Wart- und Karenzzeiten bei gleichzeitiger Aufhebung der Bedürftigkeit gewährt.

4. Ueber die Arbeitslosenunterstützung hinaus gewährt die Arbeitslosenversicherung die Aufrechterhaltung bzw. die Erwerbung der Antwortschaft in der:

- a) Krankenversicherung.
- b) Knappschaftsversicherung.
- c) Invaliden- und Altersversicherung.
- d) Angestelltenversicherung.

40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich

Ein zweiter Antrag fordert ein Gesetz zur Arbeitsbeschaffung und zur Sicherung der Existenz der Arbeitslosen, von dessen Bestimmungen wir hier nur die wichtigsten anführen wollen.

Die maximale Arbeitszeit wird auf 7 Stunden täglich bzw. 40 Stunden pro Woche bei Zahlung des vollen Lohnausgleiches festgesetzt. Für gesundheitlich schädliche Betriebe und für Jugendliche wird die Arbeitszeit auf 6 Stunden täglich bzw. auf 34 Stunden pro Woche verkürzt.

Jedwede Leistung von Ueberstunden ist verboten.

Allen Anträgen auf Stilllegung der Betriebe wird die Zustimmung verweigert; ebenso sind alle Betriebseinschränkungen untersagt. Bereits durchgeführte Betriebsstilllegungen sind rückgängig zu machen.

Bei Verkürzung der Arbeitszeit unter 7 Stunden ist der volle Lohnausgleich zu gewähren.

Arbeitsbeschaffung

Zur Behebung der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot ist sofort mit der Durchführung eines großzügigen Wohnungsbaues mit dem Ziel der Erstellung von 400 000 gemeindeeigenen Arbeiterwohnungen jährlich zu beginnen. Die zu diesem Zweck erforderlichen Mittel sind jährlich bereitzustellen.

Um weitere Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen, ist mit sofortigem Inangriff aller notwendigen Erneuerungsarbeiten bei der Reichsbahn und den sonstigen öffentlichen Verkehrseinrichtungen, wie Instandsetzung der Straßen, Ausbau des Straßennetzes, der Wasserstraßen, von Flugregulierungen und Eindeichungen und ähnl. zu beginnen. Dafür sind 1,5 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen.

Alle auf der Grundlage dieser Arbeitsbeschaffungsforderungen durchzuführenden Arbeiten müssen zum Tariflohn als Mindestlohn und im versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis erfolgen.

Warmes Essen für die Hungernden

Um allen Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsberechtigten und Hilfsbedürftigen neben der Unterstützung täglich unentgeltlich ein warmes Essen zu verabreichen, sind aus Reichsmitteln die notwendigen Beträge bereitzustellen. Der auf-

arbeitsverdienst eines Vollarbeiters der Berufsgruppe, der der Verletzte angehört, gewährt;

3. alle Sozialrenter erhalten volle Heilfürsorge;
4. die Altersgrenze in der Invaliden- und Angestelltenversicherung wird auf 60 Jahre herabgesetzt;
5. die Invaliditätsgrenze wird von 66% auf 50 Prozent herabgesetzt;
6. die Leistungen der Sozialversicherung werden durch Reichsmittel sichergestellt;
7. die benötigten Mittel werden durch die Unternehmungen im Umlageverfahren aufgebracht;
8. die Verwaltung der Sozialversicherung obliegt den Verwaltungsausschüssen, die von den Versicherten zu wählen sind.

Für die Fürsorge-Unterstützungsempfänger

Vorbekanntlich einer grundsätzlichen Neuregelung der „Öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge“ durch Reichsgesetz wird die Reichsregierung beauftragt, zur sofortigen Milderung der Notlage der Fürsorgeunterstützungsempfänger folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. die Wohlfahrtsunterstützung allein mindestens in Höhe der Sätze der gehobenen Fürsorge nach dem Stande vom 1. Januar 1931 zu zahlen;

Die KPD. für die werttätigen Bauern!

Beseitigung der Schuldknechtschaft

1. Die Hypotheken- und Betriebschulden der werttätigen Bauern und Kleingewerbetreibenden werden gestrichen. Die Schulden der Großbauern und Gutsbetriebe werden vom Staate zugunsten der Staatskasse eingetrieben und zur Zahlung der rückständigen Landarbeiter- und Gehilfenlöhne sowie aller Ansprüche kleiner werttätiger Gläubiger, die durch die Entschuldung sonst ausfallen würden, verwendet.

2. Schuldsinsen werden nicht mehr bezahlt.
3. Pfändungen und Zwangsversteigerungen auf Grund rückständiger Schuldsinsen sind verboten.
4. Kündigungen von Darlehen seitens des Gläubigers sind verboten.

5. Der zukünftige Geldbedarf für häuerliche und gewerbliche Familienbetriebe wird durch zinslose staatliche Beihilfen gedeckt.
6. Härten, die für kleine, selbstwerttätige oder arbeitsunfähige Gläubiger entstehen, vor allem für Knechtel von Altenteilen, werden durch staatliche Zuweisungen (staatliche Altersrente) ausgeglichen.

Senkung der Pachtzinsen

Die Pachtzinsen für werttätige Pächter von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Grundstücken, wie für gewerbliche Räume und Anlagen werden entsprechend dem Rückgang des Arbeitseinkommens mindestens auf 50 Prozent der Friedenspacht herabgesetzt. Kündigungen von Pachtland, das vom Pächter zur Gewinnung seines Lebensunterhaltes selbst bearbeitet wird, durch den Verpächter sind verboten. Pfändungen und Zwangsversteigerungen auf Grund rückständiger Pachtzinsen dürfen nicht vorgenommen werden.

Kleinen werttätigen Verpächtern, die sonst in Not geraten würden, ist von Staate wegen einer angemessenen Entschädigung zu gewähren.

Steuernfreiheit für die kleinen Bauern

Die häuerliche Adermahrung ist steuerfrei. Vermögenssteuer, Einkommensteuer, Grunderwerbsteuer, Gewerbesteuer, Gebäude- und Grundbesitzsteuer, Umsatzsteuer, Bürgersteuer sowie Kreis- und Gemeindeumlagen dürfen von landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Besitzern oder Pächtern mit einem Gesamtjahresein-

kommen von weniger als 3000 Mark nicht erhoben werden. Der Steuerausfall ist durch Staffelung zu Lasten der kapitalistischen Betriebe und großen Einkommen auszugleichen. Gemeinden, die fast oder ganz ausschließlich aus Arbeitern und kleinen Besitzern bestehen, ist der Steuerausfall von Staate wegen zu ersetzen. Pfändungen und Zwangsversteigerungen von Steuerrückständen bei kleinen selbstarbeitenden Besitzern und Pächtern sind verboten.

Hilfe für Siedler

Zur Vinderung der Notlage der landwirtschaftlichen und Stadtrand-siedler sind sofort folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Niederschlagung sämtlicher Restkaufpreise und Renten-zahlungen;
2. Umwandlung der von der öffentlichen Hand gegebenen Betriebskredite in verlorene Zuschüsse;
3. Beseitigung aller Bestimmungen in den Siedlungsverträgen, die die Wirtschaftsfreiheit des Siedlers einengen, z. B. das Verbot der Pferdehaltung.

Aufhebung der Zucker-Kontingentierung

Die Kontingentierung der Zuckererzeugung und des Rübenanbaues sowie die Kontingentierung des Tabakbaues werden sofort beseitigt. Die Zucker- und Tabakfabriken sind verpflichtet, die Ernte der kleinen, selbstarbeitenden Pflanzler in vollem Umfange zu übernehmen. Der Uebernahmepreis ist durch Organe der werttätigen Zuckerrüben- und Tabakpflanzler entsprechend den tatsächlichen Selbstkosten festzusetzen.

Der Zinlandsverbraucher ist durch sofortige Beseitigung der Zucker- und Tabaksteuer zu heben.

Aufhebung des Reichsmilchgesetzes

1. Das Reichsmilchgesetz wird mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt.
2. Zwangszusammenschlüsse der Erzeuger, Verarbeiter und Verbraucher dürfen nicht vorgenommen werden.
3. Die im Gesetz vorhandenen hygienischen Maßnahmen bleiben für alle Milchzeuger mit mehr als vier Kühen und für gewerbsmäßige Milchbearbeitungsstellen verpflichtend.
4. Den kleinen Milchzeugern sind staatliche Beihilfen zur Verbesserung ihrer Viehhaltung und Milchgewinnung zu gewähren.

Für die Opfer des antifaschistischen Freiheitskampfes

RÜSTET ZUM WELTKONGRESS DER

IRH

Die Justiz als Machtinstrument der herrschenden Klasse hat durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 9. August eine neue gewaltige Verschärfung erfahren. Die Einsetzung der Sondergerichte in den wichtigsten Gebieten Schärfe der Klassengegensätze in Deutschland.

Es ist nicht das erstmal, daß die herrschende Klasse in Deutschland zum Mittel der Sondergerichte greift. Unmittelbar nach dem Kapp-Putsch wurden Sondergerichte gegen die Rechtsputschisten eingesetzt. Der Erfolg war, daß keinem Rechtsputschisten ein Härchen gekrümmt, daß aber sieben Arbeiter, in der Hauptsache aus dem Ruhrgebiet, zum Tode verurteilt und erschossen wurden, die unter Einsatz ihres Lebens gegen die Kapp-Banditen gekämpft hatten.

Das Republikschutzgesetz, das nach der Ermordung Rathenaus angeblich gegen faschistische Mordgesellen eingesetzt wurde, hat zu 99 Prozent nur Urteile gegen Kommunisten gefällt.

Die Arbeiter in Deutschland kennen die Praxis der Sondergerichte. Sie wissen, daß ihre Einsetzung auch heute sich in erster Linie gegen die Antifaschisten, das heißt gegen revolutionäre Arbeiter richtet. Wenn auch der äußere Anlaß zur Einsetzung der Sondergerichte durch die Bombenattentatserie der Nationalsozialisten gegeben war, so war doch schon durch die Zustimmung, die Hitler durch seinen Beauftragten, den Hauptmann Göhring, zu dieser Terrornotverordnung gegeben hat, durch das tägliche hysterische Geschrei der Hitlerpresse nach Todesurteilen gegen Antifaschisten und schließlich durch die erste Bilanz der Sondergerichtsurteile, klar, gegen wen sich diese Notverordnung richtet.

Die Urteilsbilanz der ersten Woche, wo Sondergerichtsurteile gefällt wurden (das Schreckensurteil in Brieg ist hierbei noch nicht einbezogen), zeigt auf deutlichste den Charakter dieser Justiz. Während in der ersten Woche durch Sondergerichte lediglich der Nazimann Burtschen in Guben mit drei Monaten Gefängnis „bestraft“ wurde, wurden gegen Antifaschisten 16 Jahre sechs Monate zwei Wochen Gefängnis und acht Jahre zehn Monate Zuchthaus ausgesprochen.

Die Todesurteile, die jetzt in Beuthen gegen fünf Nationalsozialisten gefällt worden sind, wegen der viehischen Ermordung des Arbeiters Pietzuch, dürfen die Werktätigen keinen Augenblick darüber hinwegtäuschen, daß der stärkste Kampf gegen die Sondergerichte geführt werden muß und daß durch diese Urteile, die weder eine Begnadigung noch eine Wiederaufnahmeverfahren unmöglich machen, Beispiele geschaffen werden, um gegen Antifaschisten mit desto größerer Schärfe vorzugehen.

Festungshaft und Gefängnisstrafe

Gleichzeitig mit der Einsetzung der Sondergerichte hat die Regierung eine Strafverschärfung für die Festungsgefangenen verfügt. Diese Strafverschärfung richtet sich einzig und allein gegen kommunistische Festungsgefangene, da es Festungsgefangene der Hitlerpartei heute überhaupt nicht mehr gibt. Wie die Praxis dieser Verschärfung aussieht, zeigt das Beispiel aus der Festung Auerbach im Vogtland. Den dortigen Festungsgefangenen wird der Stadtausgang gestrichen, die Besucherlaubnis beschränkt, statt Festungskost erhalten sie Gefängniskost. Den größten Teil des Tages werden sie eingeschlossen gehalten. Kommunistische Zeitungen werden ihnen nicht mehr zugestellt.

Mobilisiert die Massen für die Rote Hilfe

Sondergerichte und Verschärfung des Strafvollzuges zeigen, daß die herrschende Klasse mit immer größerer Brutalität gegen die werktätigen antifaschistischen Massen vorgeht. Die Aufgaben der Roten Hilfe wachsen ins Riesengroße. Die Rote Hilfe kann die Aufgaben, die ihr gestellt sind, im Kampfe gegen die Justiz und für die proletarisch-politischen Gefangenen nur lösen, wenn die Reihen der Roten Hilfe gestärkt, wenn neue Hunderttausende zur Roten Hilfe stoßen und die Solidarität mit allen Opfern des Faschismus, des faschistischen Terrors und der Justiz gewaltig gestärkt wird. Zu diesem Werk der Solidarität ruft die Rote Hilfe alle antifaschistischen Werktätigen auf!

Eins mit allen Opfern der faschistischen Reaktion in den kapitalistischen Ländern, kämpft die Rote Hilfe Deutschlands zusammen mit der Internationalen Roten Hilfe, die im November dieses Jahres ihren Weltkongreß in Moskau begeht, diesen Kampf als Glied jener großen Weltbewegung, die auf dem Kongreß in Moskau auf einen zehnjährigen organisierten Kampf gegen faschistischen Terror und Klassenjustiz zurückblicken kann.

Unseren Vater hat die SA. erschlagen



Am 19. Januar 1932 erschlugen vertierte SA-Banditen in Bankau in Oberschlesien den kommunistischen Arbeiter August Bassy in seiner Wohnung. Er hinterließ eine Frau und zwei unmündige Kinder. Diese Tat war ebenso brutal und hinterhältig wie die Ermordung des Arbeiters Pietzuch in Potempa am 10. August, einem Ort, der nicht weit von Bankau entfernt liegt.

Indem die Rote Hilfe Deutschlands im Geiste internationaler Solidarität gerade jetzt mit verstärkter Kraft gegen Sondergerichte und Verschärfung des Strafvollzuges den Kampf aufnimmt, trägt sie dazu bei, die Voraussetzungen zu schaffen, daß die werktätigen Massen aus den bevorstehenden entscheidenden Klassenschlachten gegen den Faschismus, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, die der Sowjetunion gelten, als Sieger hervorgehen.

Groß-Sammel- und Werbepetage der Roten Hilfe

am 26., 27., 28. August

<p>10 PFENNIG</p> <p>Für die Opfer im antifaschistischen Freiheitskampf</p> <p>Sandor Fürst, Budapest v. d. Horthyjustiz ermordet 29. 7. 32</p>	<p>10 PFENNIG</p> <p>Für die Opfer im antifaschistischen Freiheitskampf</p> <p>Karl Peters lebenlänglich Zuchthaus</p>	<p>10 PFENNIG</p> <p>Für die Opfer im antifaschistischen Freiheitskampf</p> <p>Roy Wright, Scottsboro zum Tode verurteilt</p>	<p>10 PFENNIG</p> <p>Für die Opfer im antifaschistischen Freiheitskampf</p> <p>Gustav Sauf, Königsberg von Nazis ermordet am 1. 5. 32</p>	<p>10 PFENNIG</p> <p>Für die Opfer im antifaschistischen Freiheitskampf</p> <p>Fran Reschke, Altona getötet 12. 2. 32</p>
---	--	---	---	---

Textilarbeiter Schlesiens, trifft die Vorbereitungen zum Kampf

230 000 sächsischen Textilarbeitern soll der Lohn gekürzt werden — Gewerkschaftsführer zum Lohnraub bereit — DVB.-Konferenzen unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Die Textilgewaltigen Deutschlands rüsten zu einem großen Schlag gegen die deutsche Textilarbeiterchaft. Die Gewerkschaftsführer des DVB. schweigen sich vorläufig zu diesen Dingen aus, um die Textilproleten vor fertige Tatsachen zu stellen. Gegenwärtig verhandeln sie mit den Unternehmern und bieten bereits schon Lohnabzüge an.

Textilarbeiter! Die letzte Nummer des „Textilarbeiters“ bringt nicht eine Zeile von der gewaltigen Offensive der Textilunternehmer und von dem sächsischen Kampf. Die Kollegen und Kolleginnen müssen leben, daß in dieser Totschweigekampagne ein ganz bestimmtes System liegt. Leuchtenberger, der erste Geschäftsführer des DVB., Langenbielau, sagte bereits vor Jahren, daß man der Lohnkämpfe so „hül und lill“ wie möglich führen müsse, daß man in der Öffentlichkeit vor allen Dingen keine Forderungen erheben, oder gar Abwehrmaßnahmen erörtern dürfe. Das ist selbstverständlich auch die Linie der Zentrale des DVB. Man will damit vor allen Dingen das Zustandekommen einer gemeinsamen Kampffront der Textilarbeiter gegen die Lohnabbauoffensive, gegen die Verschlechterung des Tarifes, und die betrieblichen Forderungen der Kollegenschaft verhindern.

Die ungeheure Glendelage der deutschen Textilarbeiterchaft hat auch der Statistiker Kuczynski festgehalten. Er hat die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Textilarbeiter untersucht und stellt hinsichtlich folgendes fest:

„In allen Gegenden Deutschlands, in allen Branchen der Textilindustrie, teilweise in der gesamten Textilindustrie ganzer Bezirke, werden Stundenlöhne gezahlt, die bis zu 15 Pfg. und noch tiefer heruntergehen — und nicht nur einfach gezahlt, sondern tarifmäßig bezahlt werden.“ Wie tief werden erst die tarifmäßig nicht vereinbarten Löhne sein!

Wir wissen, daß besonders in der Textilindustrie die weiblichen Arbeitskräfte vielfach die männlichen übersteigen. Hören wir, was hier Kuczynski feststellt:

„In keinem einzigen Tarifvertrag, den der deutsche Textilarbeiterverband abgeschlossen hat, sind die Löhne für Frauen und Männer gleich. Es gibt eine ganze Anzahl von Tarifen, in denen die 14-16jährigen gleiche Löhne bekommen, seien sie Männer oder Frauen, aber damit hat die Gleichheit schon zumeist ein Ende. Seltener erhalten 16-15jährige noch gleiche Löhne. Niemals aber erhalten die Männer und Frauen bis hinanz zu den Geleiteten gleiche Löhne. Im allgemeinen ist es so, daß je geleiteter die Arbeit, desto größer der Unterschied zwischen Männer- und Frauensöhnen, ein Unterschied, der teilweise bis zu 50 Prozent und mehr geht.“

Der Statistiker Kuczynski hat dabei errechnet, daß nach dem letzten Lohnabbau in der Textilindustrie,

Der Lohn der Textilarbeiter um 150 Prozent erhöht werden müßte, um die nach dem amtlichen Jader als notwendig bezeichneten Lebensmittel zu kaufen!

So heißt das Glend der deutschen Textilarbeiter im Auge des Statistikers, des Wissenschaftlers und Forschers aus! Hier kann der Textilarbeiter ermessen, wie schuldig und schürchlich ein Mensch handelt, der noch die Hand zu einem neuen Lohnraub reicht oder durch die Scheitler der roten Einheitsfront die Kampfraft der Textilarbeiter schwächt! Von den Textilgewaltigen, von den Aktionären der Unternehmungen haben wir nichts zu erwarten. An ihre „Einigkeit“ oder ihr „gutes Herz“, oder an die „Verantwortung gegenüber der Menschheit“ zu appellieren, wäre vollkommen verfehlt. Das haben schon die Väter der Weber aus dem Eulengebirge erkannt, die im Weberlied sangen:

„Erbarmer, ha, ein schön' Gefühl, euch Kannibolen, fremde, Ein jeder kennt schon euer Ziel, ist der Armen Haut und Hemd!“

Die Verbandschancen des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind trotz der unerhörten Hungerlöhne, trotz der wahnwitzigen Rationalisierung gerade in der Textilindustrie immer noch zum Lohnraub bereit. Der Verbandsangehörige Panzer des DVB. in Leipzig erklärte in einem Interview mit einem Pressevertreter auf die Frage: „Werden die Textilindustriellen genau wie in Ditschen einen zehnprozentigen Abbau der Löhne fordern?“ folgendes:

„Ich bin überzeugt, daß die Unternehmer denselben Abbau in prozentualer Höhe fordern. Es ist ja beim Verlauf der Verhandlung ja, daß die geforderte Höhe des Abbaus stets die höchste Forderung ist. Wenn z. B. die Unternehmer 4 Prozent von ihrer ursprünglichen Forderung abgeben, also nur 6 Prozent Lohnabbau fordern, dann schlagen wir 4 Prozent vor, und der Landesgeschäftlicher bzw. das Reichsarbeitsministerium würde dann ein Mittelstadium von 5 Prozent finden, und das Reichsarbeitsministerium ist für uns die letzte Verhandlungsinstantz. Wenn diese Leute, deren reaktionäre Gesinnung ja bekannt ist, gesprochen haben, gibt es für uns keine Möglichkeit mehr, den Lohnabbau aufzuhalten.“

In dieser Erklärung eines leitenden Gewerkschaftsführers liegt klar und deutlich die Antwort: Kuhhandel bis zum letzten Augenblick und beim Scheitern Unterwerfung; rabulische Töne und dann zum Schluß Abmüdigung jeder Kampfesregung der Arbeiter. Auch darüber hat dieser Gewerkschaftsführer gesprochen. Auf die Frage des Pressevertreter: „Gibt es, wenn das Reichsarbeitsministerium gesprochen hat, überhaupt noch eine Möglichkeit, einen Kampf aufzunehmen gegen die Herabsetzung des Lohnes?“, gab der Gewerkschaftsführer Panzer zur Antwort:

„Nein; wenn das Reichsarbeitsministerium gesprochen hat, gilt der Reichsschiedspruch als Gesetz!“

Die Textilarbeiter wissen, daß der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums noch lange nicht und erst recht nicht die letzte Instanz ist. Die Textilarbeiter sind sich bereits darüber klar, daß die

Waffe des Streits im Betriebe

die wirkungsvolle Waffe ist. Das wissen natürlich auch die Gewerkschaftsbürokraten. Sie wissen, daß durch einen mit revolutionärer Entschlossenheit geführten Streik auch der Lohnraub erfolgreich abgewehrt werden kann. Weil aber jeder Wirtschaftskampf die kapitalistische Wirtschaft erschüttert und ganz besonders in der heutigen

Krise, haben die Gewerkschaftsführer die Aufgabe übernommen, für die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft einzutreten und müssen deshalb alle Streiks der Arbeiter abwürgen. Also dürfen auch die Textilarbeiter, die eigentlich 100 Prozent Lohnausbesserung erhalten müßten, um sich die notwendigen Lebensmittel zu kaufen, bei einer erneuten Kürzung ihrer Hungerlöhne nicht zum Kampfe schreiten.

Auch hier gibt Sachsen uns ein bereites Zeugnis. Der Pressevertreter frag Panzer unter anderem, ob die Kommunisten in den Textilbetrieben Sachsens irgend welchen Einfluß haben (das sollte heißen, besteht die Aussicht eines Streiks)? Panzer sagte:

„Hier in Leipzig versuchen sie (die Kommunisten) in den Betrieben einen Einheitsfrontladen aufzulegen. Das wird ihnen aber nicht gelingen. Wie es in Chemnitz und Dresden aussieht, darüber kann ich keine Auskunft geben. An und für sich ist durch-

Textilproleten Schlesiens, seid auf der Hut

Das Beispiel von Sachsen wird sich in kurzer Zeit bei euch wiederholen. Seid darum auf der Hut. Die schlesischen Textilkolleginnen und -kollegen arbeiten unter denselben Verhältnissen wie in Sachsen. Wenn wir uns den Tarif der Textilarbeiter in der Bezirksgruppe Reichenbach (Eulengebirge) im Verbands der schlesischen Textilindustriellen ansehen, der die Kreise Reichenbach, Frankenstein, Schweidnitz, Glatz, Habeschwerdt, Neurode, Waldenburg und Streßlen umfaßt, dann finden wir alle Angaben von Kuczynski bestätigt. In dieser Bezirksgruppe sind nicht einmal die Orte gleich, sondern man hat dort 2 Erstklassen geschaffen, wo man besonders die Textilgebiete des Glatz-Habeschwerdter Berglandes als Lohnklasse 2 führt, die noch einen geringeren Lohn haben als die Kollegen des Langenbielauer Gebiets. Innerhalb dieser beiden Lohnklassen haben selbstverständlich auch Männer und Frauen keine gleichen Löhne. Schon die 14jährigen Mädchen erhalten die Stunde über 2 Pfg. weniger als wie die 14jährigen männlichen Arbeiter.

Nehmen wir den Manteltarif erst zur Hand, da steht es noch viel schlimmer aus. Vom Verband Schlesiener Textilindustrieller war der Manteltarif zum 30. Juni gekündigt worden. Auch dort hat ein Kuhhandel eingeleitet. Zwischen den beiden Parteien, dem Verband Schlesiener Textilindustrieller und dem Deutschen Textilarbeiterverband ist eine Vereinbarung getroffen worden. Nach dieser Vereinbarung trat der Manteltarif wieder am 1. Juli in Kraft. Wir haben feinerzeit bereits vor der Kündigung des Manteltarifes darauf hingewiesen, daß die Textilbetriebe hier besonders die Ferienfrage „gerregelt“ haben wollten. Diese „Regelung“ ist auch erfolgt, natürlich zum Schaden der Textilarbeiter.

Nach dem alten Manteltarif hieß es damals:

„Für Gewährung der Ferien gelten folgende Bestimmungen:
a) Es erhalten Urlaub alle Arbeiter und Arbeiterinnen nach mindest einjähriger ununterbrochener Beschäftigungsdauer um gleichen Betrieben, und zwar:
nach einjähriger Beschäftigungsdauer 3 Urlaubstage, das heißt Entgelt für 24 Arbeitsstunden,
nach dreijähriger Beschäftigungsdauer 5 Urlaubstage, das heißt Entgelt für 40 Arbeitsstunden,
nach fünfjähriger Beschäftigungsdauer 6 Urlaubstage, das heißt Entgelt für 48 Arbeitsstunden.“

Das haben sich die Unternehmer vom Hals gewischt. Jetzt heißt es: Nach einjähriger Beschäftigungsdauer 3 Werktage, nach dreijähriger Beschäftigungsdauer 5 Werktage, nach fünfjähriger Beschäftigungsdauer 6 Werktage. Man kommt aber die Hauptfrage:

Den Arbeitnehmern wird für jeden Urlaubstag der durchschnittliche Tagesverdienst der letzten 12 Wochen vergütet, und zwar für

aus möglich, daß hier und da einige Betriebe, wo die Kommunisten Einfluß haben, in den Streit treten, natürlich in einen wilden, den wir aber als Verband von vornherein ablehnen werden.“

Unterdessen gärt es in den sächsischen Textilbetrieben. Am vergangenen Sonntag hat in Chemnitz eine Konferenz des DVB. stattgefunden, zu der man nur die zuverlässigsten reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre, mit einem besonderen Ausweis versehen, geladen hatte. Diese Konferenz war noch nicht einmal so stark, wie die sonst tagende Lohnkommission. Es waren kaum 100 Leute aus ganz Sachsen anwesend. Alle oppositionell eingestellten Funktionäre wurden nicht zugelassen. Dort ist die Grundlage für den neuen Lohnraub beschlossen worden. Die SPD.-Presse hat noch gar keinen Bericht über diese Konferenz veröffentlicht.

Jeitlohnarbeiter nach dem tariflichen Zeitlohn, für Akkordarbeiter nach dem tariflichen Akkordlohn. Der durchschnittliche Tagesverdienst wird in der Weise, daß die in den letzten 12 Wochen vor Urlaubsantritt geleisteten Arbeitsstunden (ohne Ueberstunden) durch 72 geteilt werden und die sich so ergebende durchschnittliche Tageszeit je Stunde mit dem tariflichen Zeitlohn bzw. Akkordlohn multipliziert wird.

Es soll jedoch die Vergütung an Arbeitnehmer, die Anspruch auf 6 Tage Urlaub haben, mindestens 32 Stunden,
5 „ „ „ „ 27 „ „
3 „ „ „ „ 16 „ „
gezahlt werden.

Textilkollegen und -kolleginnen! Das war für euch in Schloffen der erste Anfang. Ihr habt ein Drittel eurer Ferienbegabung verloren. Das heißt, ihr hattet Ferien und noch ein Drittel weniger zum Leben für euch und eure Familien. Das war das Ergebnis der „Vereinbarung“ der Textilgewaltigen mit den DVB.-Führern.

Wollt ihr noch tiefer sinken?

Nein! Kollegen! Seht euch zur Wehr! Macht dem Kuhhandel einen Strich durch die Rechnung! Jetzt heißt es in der Antifaschistischen Betriebswoche alles nachzuholen. Zuerst macht Betriebsbesprechungen, wie sie bereits in Langenbielau begonnen haben. Nehmt in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Stellung; wählt euch Kampfausschüsse bereits jetzt in den Betrieben; stellt eure betrieblichen Forderungen; duldet keinen Fennig neuen Lohnraub! Die KOD. in Sachsen hat im sächsischen Textilarbeiterkampf die Forderungen gestellt:

1. Keinen Fennig Lohnabbau!
2. Gegen jede Verschlechterung des Tarifvertrages, der betrieblichen Arbeitsbedingungen und der Akkordhöhe!
3. Für gleiche Arbeit gleichen Lohn!

In eure Kampfausschüsse nehmt Kollegen und Kolleginnen aus den Abteilungen, die zeigen, daß sie sich nicht dem Unternehmer beugen, ganz gleich, welcher Organisation und Parteizugehörigkeit sie angehören. Nehmt sofort Verbindung mit den erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen auf, und auch von dort gewählte Kollegen und Kolleginnen müssen in den Kampfausschüssen mit hinein. Laßt euch ja nicht wieder von den Bürokraten einfließen, daß die Erwerbslosen mit euren Kämpfen nichts zu tun hätten.

Textilarbeiter und Arbeiterinnen! Hand in Hand führt den Kampf! Mit der Antifaschistischen Aktion gegen Lohnabbau und Hunger, für eure Freiheit, für den Sozialismus!

Stellvertretender Amtsvorsteher Vogt als Ruheförder!

Nieder-Salzbrunn. Das öfteren wurde die Uebertragung der Stellvertretung im Café „Fürstentum“ Anlaß, um sämtliche Mieter der angrenzenden Häuser in ihrer Nachruhe zu führen, so auch in der Nacht vom Montag, den 15. zu Dienstag, den 16. August, um 2 Uhr. Die Grundbesitzer hatten sich, wie schon öfters, zu einem Sammelabend dort versammelt. Herr Vogt glaubt die Nacht dazu benutzen zu müssen, sich in heillosen Zustände mit den dort wohnenden Nachbarn in ganz gemeiner Form auseinanderzusetzen zu müssen. Die Nachbarn sprechen mit den dort wohnenden, an Hausflur grenzenden Nachbarn, wozu am Tage, aber nicht zu einer Zeit und in einer Form, daß sämtliche Mieter aus ihrer Nachtruhe gerissen werden. Auch der Stellvertretende hat bei derartigen Anlässen nicht fehlen. Die „Eisernen-Front“-Bewerber glauben nun wieder die Zeit für gekommen, wo sie aus ihren Ruhestätten herauskommen können und führen nun ihren Kampf, aber nur in total beissendem Zustande, unter Anwendung all ihr zu Gebote stehenden Kräfte aus. Wir fragen hier, wann wird nun endlich mit den Zuständen im Café „Fürstentum“ Schluss gemacht werden, wann wird in dieser Streife die Polizeistunde für 1 Uhr nachts gelten, wie in allen anderen Lokalen des Ortes?

Ueber die Behandlung der Lehrlinge in diesem Café kommen wir in einem besonderen Artikel zurück.

Nazi-Menzel will Genossen Brüder denunzieren

Landeshut. Die Anprangerung der hohen Handlungswelt Nazi-Menzel seinen Mietern gegenüber hat diesen Helden des Dritten Reiches an sich selbst um den letzten Rest von Verstand gebracht. Erst freut er sich, daß er wieder einmal in die „Arbeiter-Zeitung“ gekommen ist und dann läßt er seine Büt über die nicht abgustreitenden Tatsachen in seinem Rajilehorang, der „Landeshuter Zeitung“ aus, Denunziationen und erlogene Behauptungen, die so bewährten Methoden der Faschisten überhaupt, sind auch Menzels Argumente. So heißt er im „Sprechsaal“ der genannten Zeitung von einer „Mietlabotage“ durch Mieter, die zugleich Rentner sind, von einer „Aktion“, ja sogar von einem „Zwang zur Zahlungsermächtigung“ durch den Genossen Brüder. Dieser Hauspatzka kann sich also nur in

die Räte der Hausbesitzer hereinwerfen — die Räte der Mieter als Kurzarbeiter, Erwerbslose, Invalidenrentner und Garenbetreibende sind ihm ein Buch mit sieben Siegeln. Bei den Arbeitern, Rentnern, Gewerbetreibenden liegt nur Böswilligkeit oder Besetzung vor. Auch Menzels Reichheit haben die Mieter in erster Linie dafür zu sorgen, daß der Hauswirt, ob berechtigt oder nicht, die Miete in der gewünschten Höhe und zur gewünschten Zeit erhält. Wenn heute ein großer Teil der Mieter auf Grund der mitternächtlichen Politik im Reich, Staat und Gemeinde nicht mehr in der Lage ist, neben den notwendigen Ausgaben für Lebensmittel, Bucherarbeiten zu zahlen, so ist das verständlich für jeden vernünftigen Menschen. Zudem ist Miete! — der wie die Vergangenheit beweist, Kapitalismus keine egoistischen Ziele zutrifft, und die Existenzen anderer Menschen bejubelt und vernichtet.

Mit der zunehmenden Verschärfung der Kollage werden die Mieter nicht mehr, trotz allem Wohlwille der Mängel und Anzeichen, der Grundlag: „Erst das Essen — dann die Miete“, gewollt oder ungewollt, Geltung bekommen. Auch jeder Versuch zu Zwangsmaßnahmen unverhuldet in Rückstand geratenen Mietern gegenüber, wickeln siehertern müssen an dem geschlossenen Widerstand der Mieter.

Ergebnislose Hausdurchsuchung bei Arbeitern

Synau, Kr. Waldenburg. Auf Grund des Sprengstoffdiebstahls in der Ziegelei in Synau war man eifrig bemüht, diesen Diebstahl den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Es wurde also zu allererst bei den als kommunistisch bekannten Arbeitern gesucht. Gefunden wurde nichts. Bei den Nazis geht man nicht hausdurch, das sind doch die Schützlinge dieser bankrotten Gesellschaftsordnung. Viele Proleten sind der Ansicht, daß die Sprengpatronen in nicht zu weiter Entfernung zu suchen sind. Die „Waldungen“, daß ein Auto mit verdeckter Nummer in Richtung Hausdorf gefahren sein soll, ist nur ein Bluff. Warum ist denn dieser Vorfall nicht bald gemeldet worden, da ein Synauer Nazi den Vorgang beobachtet haben will? Wenn man die Handgranatenentlaste der letzten Wochen und die Täter dieser Bombenanschläge studiert, braucht man wirklich nicht viel kriminallistische Kenntnisse zu entwickeln, um festzustellen, wo die Sprengstoffdiebe zu suchen sind.

Für antifaschistischen Massenselbstschutz

für revolutionäre Vertrauensleute und Einheitsausschüsse, zur Vorbereitung und Durchführung der Kampfkaktionen gegen Faschismus, Antifaschistische Aktion im Betrieb.

Wieder zwei Antifaschisten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt

Die gestrige Verhandlung vor dem Schnellgericht richtete sich im ersten Falle gegen einen Arbeiter, der einen Polizeibeamten angegriffen haben soll, in Wirklichkeit handelt es sich um eine Polizeistraf...

Der zweite Fall, der zur Verhandlung stand, war eine Fortsetzung des von uns bereits erwähnten Vorfalles, wo die Nazis eine Betriebsversammlung der Belegschaft der Arbeiter des Metallbetriebes...

Die KPD, die ebenso wie die Gewerkschaften im Betrieb stärker verankert ist, als die Demonomier Nazis, die von der Direktion eingestellt sind und eine „Betriebszelle“ bilden, entsandte zu dieser Versammlung einen Disziplinarredner. Die Arbeiter, die mit diesem an das Lokal kamen, wurden nicht eingelassen. Daraus entwickelten sich Zusammenstöße zwischen Arbeitern und der SA. In der letzten stattgefundenen Verhandlung wurden die Arbeiter zu hohen Strafen verurteilt, die Naziprügler aber traten als Zeugen auf. Ein Angeklagter, der damals schloß, stand gestern unter der Auflage. Dieser Arbeiter, Kofschel, gegen den selbst die Nazigeugen nichts wesentliches aussagen konnten, wurde von dem Spiegel Neumann, der sich schon in der ersten Verhandlung auf Kosten seiner Mitangeklagten freigeschwindelt hat, und der unredigiert vernommen wurde, schwer belastet. Der Staatsanwalt griff diese offensichtliche Spiegelauslage sofort auf, um gegen den bis dahin unvorbestraften Arbeiter eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten zu beantragen. Das Gericht nahm die Aussagen des „Gesinnungsgegenossen“, wie der als hart gegen Antifaschisten und mild gegen Faschisten bekannte Staatsanwalt Patkowski ihn nannte, nicht für bare Münze und verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis wegen einfachen Landfriedensbruchs.

Wir warnen alle revolutionären Organisationen vor Neumann, der überall versucht sich einzuschleichen. Wir wissen, daß der Klassenfeind versucht, durch Spiegel Arbeiter in die Zuchthäuser und auf das Schafot zu bringen. Genossen seid wachsam!

Unerhörte Ausbeutung auf der Zwingerstraße

(Arbeiterkorrespondenz)

Einer ungeheuren Ausbeutung sind die Arbeiter bei der Steinfabrik Bunte, die schon von jeher in seinem guten Ruf bei der Arbeitererschaft stand, ausgesetzt. Bei 55 Pfennig Stundenlohn werden sie vom Arbeitsamt jugendlichen Proleten auf der Zwingerstraße ausgebeutet. Ohne Rücksicht darauf, daß die meisten der Arbeiter die vorige Woche dort die Arbeit aufnahmen, jahrelang von der Hungerunterstützung vegetieren mußten, treibt nun jetzt der Sohn des Steinhammermeisters, der Bauleiter Bunte, die Arbeiter an. Wenn den Arbeitern nach stundenlangem Steine fahren die Hände aufplatzten, dann hat er nur ironische Worte, wie: „Ihr habt wohl überhaup nicht in eurem Leben gearbeitet“, übrig. Immer nur schulten und schulten, ist hier die Parole: „Und wem es nicht paßt, der kann ja gehen“. So werden die Kollegen wie wild zur Arbeit angetrieben. Natürlich glaubt auch der Polier natürlich sich an dieser Unterdrückung beteiligen zu müssen. Auch er unterdrückt die Arbeiter in jeder Art und Weise. Als beim Bombenknallen einem Hilfsarbeiter die Bruchstücke aus der Hand rutschten, schreute er ihm an: „Wenn sie schlafen wollen, da sehen Sie nach Hause“. Natürlich glaubt, auf diese Weise seine Position bei der Firma halten zu können.

Ein ganz besonderes Interesse hat die Firma an Überstunden. Täglich wurden vier und mehr Überstunden gemacht, ohne daß ein Pfennig Zuschlag dafür gezahlt wurde. Wegen dieser Maßnahme, sowie wegen aller übrigen Schikanierungen, ob das die Weichenstellung in der Frühstücks- oder Mittagspause, oder das Rauchverbot oder sogar die Androhung der Entlassung wegen Überstunden des Rauchverbotes, kann sich die Arbeitererschaft nur wehren, wenn sie in roter Einheitsfront zusammenschließt und den Kampf gegen Ausbeutung und Überstundenbeschleiser aufnimmt. Erst wenn die Kollegen teillos sind in der revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammengeschlossen und den Kampf gegen alle Terrormaßnahmen der Unternehmerrchaft aufgenommen haben, erst dann werden sie die Kraft haben, ihren Forderungen den richtigen Nachdruck zu verleihen.

Antikriegsfundgebung des Linkstartells

Breslau. Die Intellektuellen, die freien Künstler aller Kunstrichtungen, die Angestellten, deren Zusammenfassung, Sammlung und Einreichung in die Antifaschistische Aktion zur dringenden Notwendigkeit geworden war, haben sich auch hier im Linkstartell der Geistesarbeiter Arbeitsgemeinschaft Breslau ein Organ geschaffen, das in der kurzen Zeit seiner Bestehen schon bewiesen hat, daß es ein wirkungsvolles Instrument in der antifaschistischen Kampffront werden wird.

Die erste Kundgebung des Linkstartells am 25. August 1932 war eine Kundgebung mit dem Thema „Krieg dem imperialistischen Völkern“, ein Aufruf und ein lebendiger Hinweis auf den bevorstehenden Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Nachdem der Vertreter des Linkstartells H. A. mit die Ziele und die bisherige Arbeit des Startells durch ein Referat unter der Kontrolle der Zuhörer gestellt hatte, ergreift ein Vertreter der akademischen Jugend das Wort, der auf die ungeheure Not der akademischen Jugend hinweist. Er schildert die Ausrichtung und die lebende große Kreise zündender mit Waffen, die Übungen der Studenten mit Maschinengewehren, Handgranaten unter Leitung von Reichwehrgenerälen. Daraus erwächst die riesige Aufgabe, die akademische Jugend in die Kampfphalanx gegen den Krieg einzureihen. Kampf gegen Krieg heißt: Kampf gegen Geld, gegen Abbau und Not, heißt Kampf in der Arbeit, heißt: Aktion der Erwerbslosen. Die akademische Jugend schließt sich ein mit dem Kampf des Proletariats. Darauf übertrug eine Lehrerin plastisch und ergreifend die Schrecken des Krieges und dessen Folgen, den Hunger, die Not, die Seuchen und jetzt wachend und schrecklich auf, daß Kampf gegen Geld, gegen Unterdrückung und Verdrängung gleichzeitig Kampf gegen den Krieg bedeutet. Der Vertreter des Bundes sozialistischer Ärzte, Dr. Neumann, begrüßt das Linkstartell und seine Kundgebung. Er sagt, daß gerade der Arzt, der helfen will, ein erbitterter Gegner des Krieges sein muß, der Tod schafft und Wunden reißt. Er teilt auch mit, daß die sozialistischen Ärzte schon Vertreter zum Antikriegskongress gesandt und jetzt die positive rote Einheitsfront des Ver-

Arbeiter demonstrieren gegen Faschistenterror

Antifaschist von braunen Mordbuben niedergekocht

Breslau. Wie uns berichtet wird, demonstrieren in den gestrigen Abendstunden Antifaschisten Breslaus in den Straßen der Stadt gegen den ungeheuren Naziterror und gegen die täglich wachsenden Provokationen der braunen Mordgeheulen. Selbst die bürgerliche und die SPD-Presse mußte in den letzten Tagen von den ungeheuren Anrempelungen und den Überfällen auf Arbeiter, selbst auf friedliche „Bürger“, berichten, und auch davon, daß die Polizei rücksichtslos gegen die braunen Mordgeheulen, als Angreifer, vorging. Unter den Augen der Polizei spielten sich in den letzten Tagen die brutalsten Dinge gegen Arbeiter ab. Wurde doch erst am gestrigen Freitag vormittag wieder ein Arbeiter der „Eisernen Front“ von den Nazistrolchen in der Reudorf-Ecke Nachodstraße von dem braunen Banditentum angehalten und verfolgt, ohne daß die den Vorfall beobachtende Polizei den braunen Banditen ein Wörtchen krümmte.

Als am gestrigen Abend ein Trupp Antifaschisten sich über den Tauentzienplatz bewegte, kam es in der Nähe von Wertheim zu einem Zusammenstoß. Ein Trupp uniformierter SA-Banditen kam die Schwelldorfer Straße entlang und provozierte die Arbeiter. Im nächsten Moment ertönte ein Kommando und die Nazibanditen, die

in Stärke von circa 50 bis 60 Mann erschienen, fielen über die Gruppe Antifaschisten her, und schlugen mit Köpfe, Stahlrueten und anderen Mordwaffen auf die Arbeiter ein. Ein Arbeiter wurde mit einem Dolch in die Schulter gestochen und brach bewusstlos zusammen. Der Stich soll, wie man uns berichtet, durch und durch gegangen sein. Einige Arbeiter sind durch Mordwaffen verletzt worden.

Darauf zogen sich die braunen Mordgeheulen in das Zeughaus und ins Braune Haus auf die Taschenstraße wieder zurück. Die inzwischen erschienene Polizei erklärte sich für die sofortige Durchsuchung der braunen Systemarmisten auf Waffen für nicht zuständig. Parallele Augenzeugen obigen Überfalles meldeten sich im Polizeipräsidium als Zeugen gegen die Faschisten und forderten schärferes Vorgehen gegen die Nazis, jedoch die Polizei nahm keine Notiz von dem Vorfall. Es handelt sich ja nur um Arbeiter — und Nazis werden schonend behandelt.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, wurde ein SA-Mann mit einer scharfgeladenen Pistole und einem Gummiknüppel in der Hand von der Polizei verhaftet.

Heraus zum Internationalen Jugendtag!

Gegen den Aufmarsch des Stahlhelms am 3. und 4. September in Berlin

Breslau. Der Stahlhelm, die Soldner-Truppe des Kapitals, will ausgerechnet am 3. und 4. September, am Internationalen Jugendtag, das rote Berlin provozieren. Aus allen Teilen Deutschlands sollen die Stahlhelmer per Eisenbahn und Lufttransporte nach Berlin zu ihrem Reichsfrontsoldaten-Tag gebracht werden.

- Stahlhelmtag heißt Militarisierung der Jugend.
Stahlhelmtag heißt faschistische Arbeitsdienstpflicht.
Stahlhelmtag heißt offene Mordandrohung gegen die Arbeiterklasse und ihrer Jugend.
Stahlhelmtag heißt Krieg gegen die Sowjet-Union.

Schlesische Jungarbeiter!

Wißt ihr noch, wie im vergangenen Jahr die Stahlhelmsoldaten Schlesiens und Breslau terrorisierten? Soll das auch in Berlin geschehen?

Das rote Berlin wacht und mit ihm die ganze proletarische Jugend!

Nicht Aufmarsch der faschistischen Stahlhelmer, sondern Massenaufmarsch der werktätigen Jugend und der gesamten Arbeiterklasse!

Entfaltet in allen Orten Schlesiens eine mächtige Kampagne gegen den Aufmarsch des Stahlhelms. Mobilisiert die gesamte Arbeiterjugend, besonders die jungen Landarbeiter, die unter dem Druck

der Gutsherren und Großagrarien am Stahlhelmaufmarsch teilzunehmen gezwungen werden. Zeigt ihnen, wie man kämpft, um höheren Lohn und um alle Forderungen der werktätigen Jugend, das ist der beste Kampf gegen den Stahlhelm-Mummel.

Demonstriert wuchtig gegen die faschistische militärische Parade!

Ihr jungen Betriebsarbeiter, laßt Kampfbeschlüsse gegen Stahlhelm und Lohnraub, duldet keinen Pfennig Lohnraub. Formiert die Betriebsklassen des roten Massenelbstschutzes der proletarischen Jugend!

Jungewerkslose, entfaltet härter das Kampfbanner gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht, die der Stahlhelm fordert. Duldet keinen Pfennig Unterstüßungsabzug!

Fordert die Zahlung von ausreichenden Unterstüßungen an alle Jungewerkslosen für die ganze Dauer ihrer Arbeitslosigkeit. Heraus zum 18. Internationalen Jugendtag, am 3. und 4. September, gegen Stahlhelmaufmarsch, Mordterror, Faschismus und Krieg!

Für den wehrhaften Massenkampf des Proletariats!

Für die Verteidigung der Arbeiterklasse, ihrer Einrichtungen und Organisationen!

Für die Verteidigung der Sowjet-Union!

Für ein sozialistisches Räte-Deutschland!

Morgen: Kinder- und Sommerfest der Roten Hilfe

in Henckners Festsälen in Morgenau / Kinderbelustigung, Konzert Sportliche Darbietungen!

bandes sozialistischer Ärzte, in dem Sozialdemokraten, Kommunisten und Sympathisierende gemeinsam ohne Differenzen die Interessen des arbeitenden Volkes und die eigenen Standesinteressen wahren, als Beispiel für die gesamte Arbeiterbewegung. Auch der Vertreter der Angestelltengruppe der KPD spricht von der roten Einheitsfront. Er begrüßt, daß sich das Linkstartell Berlin der Antifaschistischen Aktion angeschlossen hat und verlangt das gleiche von der Breslauer Arbeitsgemeinschaft.

Zu einer kurzen Pause wird die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft über sozialistische Theorie und Kulturthemen angezeigt, und velle Eintragungskisten bezeugen das Interesse der Intellektuellen, der Angestellten an den Zielen des Linkstartells. Der stärkste Eindruck des Abends war das glänzende Referat Viktor Kesslers, der die ökonomische Frage des imperialistischen Krieges behandelte. Seine logisch klare Argumentation über die Unlösbarkeit des Krieges vom kapitalistischen System, vom Imperialismus erregte die Begeisterung der Zuhörer.

Nun spricht Genosse Hay im Auftrage der deutschen Friedensgesellschaft. Auch er begrüßt den Kongress und die Schaffung des Linkstartells in Breslau. Er weist aber darauf hin, daß das Linkstartell in engster Verbindung mit den Proletenmassen stehe, denn

sie seien es, die einen Krieg aktiv verhindern können. Am Ende der Referate gab der Vertreter der „Roten Hilfe“ dem Linkstartell eine Anzahl guter Ratsschläge zur praktischen Arbeit mit auf den Weg. Für den Antikriegskongress in Amsterdam wurden zwei Delegierte gewählt.

Den Abschluß der guten Veranstaltung bildete das Lied von der roten Fahne, gesungen vom KPD-Kollektiv. Jon.

Nazi-Geschäftsleute von Krietern, Hartlieb und Kleffendorf stellen sich vor

Das Anwachsen der Antifaschistischen Aktion ist so manchem Zwischbürger in die Knochen gefahren. Wollten doch einige Nazi-Gewerbetreibende hier in Krietern mit dem „roten Spul“ ein Ende machen. Wenn man sich in einige dieser „Gelen“, wie den Fleischer Oscar Seifert, der kurz vor der Wahl erklärte: „Du haben wir aber doch etwas aufgeräumt mit den roten Lumpen“, anseht, so weiß man, mit wem man es zu tun hat. Im übrigen sind bei der letzten Wahl von 121 Kommunisten, 165 geworden, und nicht mehr lange wird dauern, und Krietern ist wieder eine rote Burg. Herr Seifert, wir haben auch die Zeit noch nicht vergessen, wo es Fleischmarken gab und Sie den Arbeitern die Knochen verkauften und den Fleischhähern das Fleisch und die Würst.

Eine ganz besondere Blüte ist auch der Nazi-Bader Fisch. Dieser Nazibeld fuhr seine Gefellen im Auto mit Hakenkreuzfahnen zur Wahl, um sie am anderen Tage um so besser wieder ausbeuten zu können. Der Achtundtag steht für ihn heute auch nur auf dem Papier. Lehrlinge und Dienstmädchen müssen mit Hakenkreuz geschmücktem Fahrrad herumfahren und Frau Fisch erklärte: „Die Roten brauchen bei mir gar nicht zu kaufen“. Ist es nicht das Geld für das Auto auch von den Proleten stammt.

Ein großer Geist steht auch in der Fräulein Schnürchen, Trentinstraße. Diese Dame erklärte am Tage der Beerbigung des Reichsbanneramerade: „Es müßte Sch... regnen, damit das rote Geindel vor Gestank umläme“. Trotz all ihrer „Wünsche“, war dieser Tag ein riesiges Benehmen zum roten Massenelbstschutz, mehr als 5000 Arbeiter marschierten auf, um dem Reichsbannerameraden das letzte Geleit zu geben. Aber wir fragen Sie: Sind es nicht die Arbeiterfrauen und Mädchen, die Ihnen ihre teuer verdienten Grochen bringen?

Auch der Gastwirt Rierle in Krietern erklärte, sein Geschäft könne die 50 Rfg. für die „Arbeiter-Zeitung“ nicht mehr tragen, dafür aber lang ist jetzt für den „Völkischen Beobachter“. Die Arbeiter von Krietern, Hartlieb und Kleffendorf werden sich auch danach zu richten wissen. Sie werden nur diejenigen Gewerbetreibenden unterstützen, die auch für die revolutionäre Arbeiterbewegung etwas übrig haben. Immer nach dem Motto: Nur dem Geschäftsmann unser Geld, der es mit unserer Sache hält!

Dein Geld wird wertvoller von Tag zu Tag!



Bring' dein Geld ZUR STADT-SPARKASSE ZU BRESLAU! Dort sparst Du sicher und gewinnst Zinsen

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Kopolowitz in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fandrich, Berlin. — Für Illustrationen: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesiische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Kipke-Gaststätte Friedr.-Wilh.-Straße Nr. 67 Gut gepflegte Biere, gute preiswerte Küche Diesen Sonnabend Eisbeine (Vereinszimmer)

Sozialdemokratischer Amtsvorsteher läßt einen Kommunisten außer Landes verweisen

Ramau, Kreis Waldenburg. Es ist uns von jeder bekannt, daß SPD-Führer oder sonstige Vertreter sich stets als die größten Arbeiterfeinde erwiesen und entlarvt haben. Warum? — Nur deshalb, um als „Liebling“ bei Behörden und Faschisten zu gelten. In dieser Sorte von „Arbeiterfeinden“ gehört auch unser hiesiger Amtsvorsteher und Schankwirtschaftsbesitzer Hade aus der „Bomona“ von Schenkendorf. Vor ungesähr sieben Wochen mußte der Arbeiter Franz Jabla von Warsdorf mit seiner Familie das preußische Staatsgebiet verlassen, da er auf das Verreiben des Amtsvorstehers Hade den Ausweisungsbefehl erhielt. Wir wußten damals sofort, wer der Schuldige an dieser Ausweisung war. Der Genosse Jabla teilt uns jetzt aus der Tschekoslowakei mit, daß Hade dem Polizeibüroer Kluge ein Schreiben bei seinem Abtransport von Ramau mitgegeben hat, wo die Ausweisungsbegründung enthalten war. Es wird ihm darin zur Last gelegt, daß er ein „Kommunistenführer, ein Feger und ein Faulenzer“ gewesen sein soll. Nun wissen wir endgültig, was für einen Grund die Ausweisung hatte. Dieser Inhalt des Schreibens beweist die ganze Erbärmlichkeit eines Sozialdemokraten, es ist eine große gemeine und erbärmliche Lüge, denn Genosse Jabla war weder Kommunistenführer, Feger noch ein Faulenzer. Der unseren Genossen Fr. Jabla gekannt hat, wird wissen und bezeugen können, daß selbiger ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter war und stets darauf beharrt war, immer, wo es nur möglich war, Arbeit zu finden.

Nicht Hade allein, sondern auch die Warsdorfer Sozialdemokraten (wie Brandt, Hante und Schröder) wollten unseren Genossen Jabla gerne los werden, weil derselbe ein ehrlicher Klassenkämpfer und kein „Stilleschleier“ der SPD-Führer war. Er wurde von den Nationalfaschisten und Sozialfaschisten gehaßt, weil er offen, ohne Scheu und Furcht, für seine revolutionäre Weltanschauung agitierte, er war denselben weiter ein Dorn im Auge, weil er es meisterhaft verstand, die Warsdorfer Sportbewegung vorwärts zu bringen und einen „Arbeiter-Sportverein“ der Kampfgemeinschaft für rote Sportler zu gründen. Bei allen Klassenbewegten Arbeitern und Sportgenossen war Genosse Jabla allseitig beliebt und geschätzt, und sein vorbildliches Arbeiten in der roten Sportbewegung wird und muß allen Sports- und Parteigenossen ein Ansporn sein, die durch Jabla geriffene Lücke wieder zehnfach auszufüllen.

Arbeiter, Klassengenossen, diese Schandtat beweist wieder aufs neue, was man von dieser Sorte von „Arbeitervertretern“ zu halten hat. Ein ehrlicher Prolet kehrt dieser Partei den Rücken. Nur in roter Einheitsfront werden wir weiter kämpfen nach dem Vorbild unseres Kämpfers und Streikers Franz Jabla.

Doch die SPD-Größen haben noch etwas erreicht. Sie beantragten, daß unser Genosse in die Tschekoslowakei ausgewiesen wurde. Die Tscheki ist Vergeltung und weist dafür drei deutsche Familien aus, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren. Wir Kommunisten kennen keine solchen Rachegebarden. Wir arbeiten in allen Ländern für die Befreiung der Armen und Unterdrückten, in allen Ländern für den Sozialismus.

Darum, Arbeiter der SPD, quittiert die Gemeinheit dieser Führer, indem ihr euch unserem Freiheitskampfe anschließt und für unsere Befreiung mitkämpft.

70jährige Mutter in der Arrestzelle

Gausdorf. In dem Landrat des Kreises Neutode nicht bekannt, daß bei uns im Orte eine 70jährige Mutter mit ihrem 29-jährigen Sohn infolge Wohnraumsmangel in der Arrestzelle im Gemeindefaßhaus für zwei dieses Jahres untergebracht ist? Wir haben zu dieser Angelegenheit bereits schon einmal Stellung genommen und in der „Arbeiter-Zeitung“ darüber einen ausführlichen Bericht gebracht. Die Gemeinde hat sich noch nicht gerührt. Auch die Vertreter im Gemeinderat haben sich um eine Milderung dieser Angelegenheit bemüht, ohne daß sie bisher Gehör gefunden hätten.

Wir erklären erneut in aller Öffentlichkeit, daß es eine Schande abgesehen ist, diese alte Mutter, die ein Leben lang gekühdert hat, hier in der Arrestzelle zugrunde gehen zu lassen. Wir gehen dem Verbot entgegen, und immer noch ist der alten Mutter nicht geholfen. Die Möbel verkaufen und vermodern, die Menschen gehen verloren.

Wir fordern hiermit in aller Öffentlichkeit, ob der Landrat auch jetzt noch nicht eingreifen gedenkt, um dieser Schande ein Ende zu machen?

In der Antifaschistischen Aktion schlossen sich die Proleten zum Kampfe gegen die Unterdrückungsmaßnahmen auf. In einer ganzen Reihe von Orten, wo alte Mütter und Proleten ohne ein Dach über dem Kopfe hausen mußten, haben die Arbeiter ihnen eine Wohnung gebaut. Sie hätten leer stand, aber haben es unmöglich gemacht, daß diese Opfer des Systems auf die Straße gesetzt wurden. Die deutsche Solidarität ist hier die beste Hilfe.

Kommunistenfrevler und Rußlandheher Lehrer Scholz landet wieder im Schoß der Kirche

Weißenstein. Wie erfahren, daß Herr Scholz, bekannt als „Er wernt denn das“, Lehrer an der weltlichen Schule in Weißenstein und Gemeindevorsteher der SPD, wieder in die Kirche eingetreten und aus dem Reichenterritorium ausgetreten ist. Herr Scholz sieht auf der einen Seite das langjähre Zusammenhinken der SPD, und andererseits das harte Aamachen der Nazis. Eine Hoffnung, einmal Gemeindevorsteher zu werden, ist ins Wasser gefallen, also wird er es anders versuchen, wenigstens seine bisherige Stellung zu halten. Als Scholz konnte übrigens nicht einmal ein Nazi gegen die Kommunisten und Sozialisten haben. Sein Kopf ging so weit, daß ihn selbst ein großer Teil seiner Kollegen und Parteigenossen nicht mehr ernst nahm. Vor einiger Zeit noch glaubte er sich in einer Gemeindevorsteherstellung lächerlich machen zu müssen, indem er sagte, daß Genosse Reumann Arm in Arm mit Pastor Gauß zum Volkswortredner ernannt sei, und heute kehrt dieser äußerlich linke Sozialdemokrat in den Schoß der Kirche zurück und wird mit Pastor Gauß gemeinsam beten.

Wiederholt kommt aber mal der Wind von der anderen Seite, und es wird ihm nicht mehr gelingen, das Kämmelchen danach zu ziehen.

Weißensteiner Arbeiter, lehrt auch eure Vertreter an; lehrt einer solchen Gesellschaft den Rücken!

Zeidet keine Faschisten in eurer Wohnung

Caurel. Lichtabzähler Nazi Meyer und Provokateur erster Güte schädigt beim Abzählen des Lichtes und Einlassieren der Gelder in ganz gemeiner Weise die Frauen von Arbeitern. Dieser Provokateur

berührt Arbeiter mit Nazi Politik zu beeinflussen. Verschiedentlich ist er dabei an die Luft geflogen. Auf die Beschwerde des Kampfausschusses beim Elektrizitätswerk Dirschberg wurde dem Kampfausschuss mitgeteilt, daß sich der Lichtabzähler im Dienst jeder politischen Weltstellung enthalten habe, und wo er sich fittlich habe etwas zuzuschulden kommen lassen, da sollen die Arbeiter ihn der Staatsanwaltschaft übergeben. Nun, wir wissen ja, wie klassengerichte mit Nazis verfahren. Eine Kräfte hat der anderen die Augen nicht aus.

Wir sagen der Arbeiterklasse von Caurel: Greift gegen diesen Faschisten zur Selbsthilfe, indem ihr ihm Haus und Hof verbleibet. Wenn er nochmals gegen Proletenrauen gemein wird, so gebt ihm eine proletarische Antwort. Laßt euch nicht von diesem Nazi provozieren. Verlangt einen anderen Lichtkontrollleur vom Elektrizitätswerk. Laßt euch nicht in euren Wohnungen von Faschisten herum-schnüffeln!

Genosse Dr. Berndt zu drei Monaten Gefängnis verurteilt

Kolzig. Vor dem Sondergericht zu Glogau war der Genosse Dr. Berndt wegen groben Unfug und Beamtenehligung angeklagt.

Dr. Berndt hatte in seiner Privatwohnung in Gogonawart seiner Frau und eines Bekannten seine Gasdruckpistole ausprobiert, indem er einen Schuß daraus abgab. Da ein Fenster offen stand, haben auch vor dem Haus herumlungierende Nazistrolche diesen Schuß gehört und hatten die Polizei herbeigerufen. Die Polizei verlangte die Herausgabe der Waffe, die Dr. Berndt auch gab. Er ersuchte um sofortige Rückgabe der Waffe, da er sie bringen zu seinem und der Familie Schutz brauche. Mehrmals waren Drohbriefe an ihn geschickt worden, Nazis hatten ihn wiederholt in der Ausübung seiner ärztlichen Praxis in der Nacht angeböbel und aufgelauert, so daß seine Fortsetzung mehr als berechtigt war. Die Polizei versprach auch, daß sie nur untersuchen wolle, ob man mit dieser Pistole, außer der Gaspatrone, auch andere Munition damit schießen könne. Wenn das nicht der Fall sei, erhalte er sie sofort zurück.

Allerdings hielt die Polizei das Versprechen nicht. Die Nazis hatten in der Zwischenzeit Verjährung herangeholt und die Polizei machte keine Anstalten, diese Nazis zu zerstreuen. Der Oberlandjäger Marx ist selbst ein Faschistenfreund. Genosse Berndt ersuchte darum einen Genossen, einige Arbeiter zu seinem Schutz zusammenzuführen.

Der Staatsanwalt hatte in diesem Prozeß die Dinge so hingestellt, als ob Dr. Berndt die Polizei unter Druck setzen wollte, um dadurch die Freigabe der Pistole zu erzwingen. Ferner behauptete der Staatsanwalt, daß Dr. Berndt der böse Geist der ganzen Gegend, der geistige Urheber aller der Dinge, die sich in letzter Zeit dort ereigneten, sei. Das Urteil lautete auf 150 Mark Geldstrafe und drei Monate Gefängnis.

Als Hauptbelastungszeuge trat der Oberlandjäger Marx auf, der durch vollkommen falsche Angaben über die ärztliche Tätigkeit des Dr. Berndt verurteilte, ihn in ein schlechtes Licht bei Gericht zu setzen. Zu bemerken ist, daß dieser Oberlandjäger einen Tag vor diesem Verurteil dem Dr. Berndt und einigen Arbeitern sagte: „Er werde sie alle nächstens niederstrecken, er wäre bisher viel zu anständig mit den Arbeitern umgegangen.“ Zu dieser Erklärung des Oberlandjägers stehen noch zwölf Zeugenaussagen zur Verfügung. — Als vor einiger Zeit ein uniformierter Nazi mit gezogenen Pistole einen Arbeiter bedrohte, erklärte der dazugehörige Oberlandjäger Marx: „Der Nazi habe einen Waffenschein!“ — Als die Arbeiter verlangten, daß der Nazi seinen Waffenschein zeigen solle, ob er ihn überhaupt bei sich trage, da jagte der Oberlandjäger mit dem Gummiknüppel die Arbeiter auseinander.

Jungreichsbanner, kämpft mit uns gegen die Arbeitsdienstpflicht!

15 Reichsbannerleute aus dem Arbeitslager Guhrau getürmt!

Guhrau. In Guhrau ist ein neues Arbeitsdienstlager des Reichsbanners eröffnet. Die Zustände in diesem Lager sind noch schlechter wie in allen anderen. Ein Jungbannerkamerad, der schon in mehreren Arbeitsdienstlagern war, berichtet: „Das Essen ist schlechter als wie in den anderen Lagern. Arbeitszeug und Arbeitskleidung wird nicht geliefert.“ Der Leiter des Lagers, ein Reichsbannermann, erklärt beim Beginn des Lagers: „Jetzt bin ich nicht mehr Euer Kamerad, sondern Euer Vorgesetzter.“ Eine Embörung gegen die Arbeitsdienstpflicht war bereits in den ersten Tagen im Lager. 15 Jungreichsbannerkameraden sagten sofort den Beschluß, das Lager zu verlassen.

Jungreichsbannerkameraden, Mitglieder der SAJ, der Gewerkschaftsjugend, auch ihr müßt erkennen: Arbeitsdienst heißt Sklavendienst, heißt Streikbrecherarmee und Vorbereitung zu neuen Kriegen. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, schrieb am 1. April zum Arbeitsdienst:

„Nimmerhin kann ein kollektivistischer Arbeitsdienst, deren Ziel die gegenseitige Hilfe der Arbeitslosen ist und auch ein ausschließlich vom Staate organisierter Arbeitsdienst sozial und psychologisch manche Dienste leisten.“

Und Nazi-Oberst Dietl erklärte:

„Die durch Liberalismus und Marxismus bestimmte materialistische Auffassung, die jede Arbeit unter den Gesichtswinkel des Geldverdienens betrachtet, muß aus den Köpfen verschwinden. Im Dienstbetrieb des Arbeitsdienstes muß die Wahrung stammter Manneszucht oben an stehen.“

Seide in trauriger Gemeinschaft! Ihr aber, Kameraden, Genossen, kämpft mit uns gegen jegliche Arbeitsdienstpflicht, für Arbeit zu tariflicher Bezahlung, für ausreichende Unterstützung für alle Jungerechtslosen! Demonstriert für diese Forderungen zum Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September!

Polizeischikanen bei der Reichstagswahl

Beuthen a. d. O. Daß die SPD bei der letzten Reichstagswahl in der Ausübung ihrer Wahlpropaganda, insbesondere von Regierungsseite, behindert worden ist, ist wohl jedem Proletarier bekannt. In welcher Form sich einzelne Polizeibeamte die Regierungsmassnahmen zum Vorbild machen, soll nachstehender Fall zeigen:

Die Ortsgruppe der SPD in Beuthen a. d. O. Ober lebte auch Wahlplakate an Tore einiger Aderbürger, die in der SPD nicht ihren Feind sehen, nach Einholung vorheriger Genehmigung. Diese Plakate mußten einigen Nazi-Aderbürgern in die Knochen gefahren sein. Man hatte die hiesige Polizei auf die Plakate an diesen Toren besonders aufmerksam gemacht. Es dauerte auch gar nicht lange, da erschien bei den Kleinbauern ein Polizeibeamter mit den Worten:

Die Notwendigkeit der Schaffung des roten Massenfelbstschusses, der Kampf der Antifaschistischen Aktion, macht sich gerade dort am notwendigsten. Kein Klassengenosse, der durch diese Vorfälle nicht aufgeschreckt und in die rote Abwehrfront eingereiht wird.

Roter Massenfelbstschuß im Queistal

Wesrau. Durch den anhaltenden Terror der Nazis in unserer Umgegend wurde unter der hiesigen Arbeiterschaft der Wunsch laut, gemeinsam das Eigentum der Arbeiterschaft zu schützen. In einer Zusammenkunft der Eisernen Front und Kommunisten wurde beschlossen, von jeder Partei (SPD. und KPD.) einen Redner sprechen zu lassen über die Zusammenschließung. In der Mitgliederversammlung der Eisernen Front und Kommunisten erschienen nur der kommunistische Redner Genosse Bender. Die Ausführungen fanden reichen Beifall. Daraufhin wurde ein provisorischer Kampfausschuss gewählt, der die Vorarbeit des roten Massenfelbstschusses in die Wege leitete. Es schrieben sich 70 Arbeiter in die Listen ein. Dem nun neugewählten Kampfausschuss, bestehend aus einem Mitglied der SPD., der KPD. und einem Parteilozen, wurden die Aufgaben über Organisierung übergeben.

So ist es nun auch hier gelungen, die Arbeiterschaft zusammenzuschließen zum Kampf gegen den Faschismus.

Nun weiter vorwärts für die unterdrückte Arbeiterschaft in dem „färschlichen“ Queistal. Arbeiter, folgt dem Beispiel, unterstützt den Kampf, reißt euch ein in die Antifaschistische Aktion, kämpft mit den Kommunisten Schulter an Schulter gegen Hunger, Ausbeutung und faschistischen Terror, für eure Freiheit!

Nazi-Attentate sollen Kommunistenhebe auslösen

Polkwitz bei Glogau. „Rotmord auch in Polkwitz am 10. zum 11. August hat, wie in verschiedenen Orten des Kreises Glogau, auch in Polkwitz ein „Attentat“ auf die Wohnung des Naziführers Wausen stattgefunden. Die Nazis machen daraus eine großzügige Hebe gegen die SPD. In diesen Tagen wurden in Putzlau, Schlüchtingsheim und Herbau dieselben Anschläge durchgeführt, um die Arbeiter, die der SPD. angehören, zu verächtigen. In verschiedenen Orten haben sogar Verhaftungen und Vernehmungen stattgefunden. Wir behaupten, daß dieses Mauthver von den Nazis aufgezoogen ist. An jenem Abend war das Nazi-Verkehrslotal voll System-Armisten.

Die Wahlerfolge der SPD. sind unseren Naziführungen in die Knochen gefahren. Ein Nazi sagte zu unseren Genossen: „Bei der Reichspräsidentenwahl werdet ihr kleiner, bei der Landtagswahl noch kleiner, und bei der Reichstagswahl werdet ihr noch eine Sekte sein.“ Jetzt bleibt den Falentzählern vor der „Sekte“ Maul und Augen offen stehen.

Trotz Terror, den die Nazis gegen die Arbeiter im ganzen Gebiet durchführten, sind wir auch in Polkwitz einen Schritt vorwärts gekommen. Mit allen möglichen Mitteln wollen sie uns herausfordern und provozieren, aber es ihnen nicht gelingen. Wir werden in der Antifaschistischen Aktion die letzten Arbeiter gegen den Faschismus, für den revolutionären Ausweg auflären.

Am Wahltage mußten die Nazis 80 auswärtige SA-Männer nach Polkwitz dirigieren, damit sie nicht noch mehr Stimmenverluste erleiden. Von den 80 Nazis stimmten alle hier mit Stimmzettel. Der Betriebszellenleiter der Nazis, früherer Stahlhelmführer, Ran-zog macht jetzt nur noch in Kommunistenhebe. Er will seinem „großen Führer“ Adolf nachsehen.

Den Polkwitzer Arbeitern rufen wir zu: Laßt euch nicht von den faschistischen Demagogen und Lügern beeinflussen, kämpft mit den revolutionären Arbeitern in der Antifaschistischen Aktion gegen die Hungermassnahmen und Ausplünderung gegen den Faschismus! Reißt euch ein in die rote Einheitsfront!

„Haben Sie der SPD. die Erlaubnis erteilt, an Ihr Tor die Plakate zu kleben? Wenn nicht, wollen Sie Strafantrag gegen dieselbe stellen?“

Die Nazi-partei hatte das Aderbürgerdortel mit ihren verlogenen Plakaten überschwemmt, aber uns ist nicht ein Fall bekannt geworden, daß die Polizei in der gleichen Weise vorgegangen ist wie gegen die SPD. Es will scheinbar gewissen Menschen nicht in ihr vernageltes Gehirn, daß viele Aderbürger bereits einsehen, daß nur die SPD. als einzige Arbeiter- und Bauernpartei ihnen helfen kann, und nicht die leeren Phrasen der Nazis.

Unsere Freude ist um so größer, daß die SPD. trotz aller Schikanen im Reichsmaßstabe 700 000 Stimmen zugenommen und in Beuthen an die zweite Stelle gerückt ist. Den noch Fernstehenden rufen wir aber zu: Hinein in die SPD., die Partei der Arbeiter und Bauern!

KAUFHAUS SCHOCKEN
Waldenburg



Mäntel für den Übergang

- „Erika“, Noppenstoff, Stepprevers, zweifelhig, Rückenfalte, ganz gefüttert, 14.50
- „Ilse“, Tweed, breites Revers, abgesteppt, flotte Rückengarnierung, ganz gefüttert, 19.50
- „Erna“, Frauenmantel, Marango, Herrenrevers, Rücken geschweift, ganz gefüttert, 24.50
- „Beate“, Shelland diagonal auf Kunstseiden, Maroc-Steppfalter, breites Revers, 29.50